

Stenographischer Bericht

54. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

II. Periode.

11. Oktober 1926.

Inhalt:

Personalien: Rücklegung des Abgeordnetenmandates Richard Lang, Prißing und Schreckenthal. (1235).
Angelobung Albrecher und Grill (1235).
Urlaubsbewilligung Dr. Hrzer (1235).
Immunitätsangelegenheiten: Huber, Wallisch und Riemelmoser. — Zuweisung an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß (1235).
Neuwahl des Landeshauptmannes (1235). — Redner: Zenz (1235), Machold (1237), Dr. Rintelen (1247).
Anlage: Die Beilagen Nr. 166 und 167 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge. E. Z. 585 bis 588, 591 bis 594, 600, 604, 606 bis 608 (1235).
Zuweisungen: Die aufgelegten Beilagen und schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge (1235).

Präsident Köbl eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 5 Minuten nachmittags.

Präsident: Die Herren Abgeordneten Richard Lang, Franz Prißing und Hans Schreckenthal haben ihre Landtagsmandate als Abgeordnete zurückgelegt. An ihre Stelle wurden die Herren Franz Albrecher, Karl Röck und Alois Grill zur heutigen Sitzung eingeladen.

(Die Abg. Albrecher und Grill leisten die Angelobung, während Abg. Röck im Hause nicht erschienen ist.)

Der Herr Abg. Dr. Jakob Hrzer hat um einen achtwöchigen Urlaub ersucht, wenn kein Widerspruch erfolgt, erachte ich den Urlaub für genehmigt.

Das Bezirksgericht Hartberg hat angefragt, ob der strafgerichtlichen Verfolgung gegen den Abg. Karl Huber zugestimmt wird.

Desgleichen das Bezirksgericht Leoben, ob der strafgerichtlichen Verfolgung gegen den Abg. Koloman Wallisch zugestimmt wird;

weilers das Landesgericht für Strafsachen in Graz, ob der strafgerichtlichen Verfolgung gegen den Abg. Raimund Riemelmoser zugestimmt wird.

Diese Anfragen werden dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zugewiesen werden.

Aufgelegt wurden heute die Beilagen Nr. 166 und 167 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge E. Z. 585—588, 591 594, 600, 604, 606—608.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen):

Die Beilagen Nr. 166 und 167 dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß,

ferner die schriftlich eingelangten Regierungsvorlagen und Anträge, und zwar:

E. Z. 585—588, 591—593, 600, 604, 606—608 dem Finanzausschuß und

E. Z. 594 dem Landeskulturausschuß.

Hat jemand zu diesen Zuweisungen etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Nunmehr schreiten wir zur Tagesordnung.

Punkt 1

Neuwahl des Landeshauptmannes.

Zu einem Wahlvorschlage erteile ich das Wort dem Herrn Landesrat Zenz.

Zenz: Wir schlagen zur Wahl zum Landeshauptmann Herrn Minister Professor Dr. Rintelen vor. (Lebhafte Psuirufe von Seite der Sozialdemokraten. Lebhafter Beifall der Christlichsozialen. — Große Unruhe.)

Präsident: (das Glockenzeichen gebend): Ich ersuche die Herren Abgeordneten, sich auf ihre Plätze zu begeben.

Ich wurde aufmerksam gemacht, daß sich die Galerie in die Verhandlungen des Hauses einmengt. Ich ersuche die Galerie dringendst, sich in keiner Weise in die Verhandlungen des Landtages einzumischen, sonst wäre ich genötigt, die Galerie räumen zu lassen. Jede zustimmende Kundgebung von Seite der Galerie oder das Gegenteil ist strengstens untersagt.

Zenz (fortfahrend): Der Herr Minister Dr. Rintelen stand in der letzten Zeit im Mittelpunkt des politischen Interesses. (Lebhafter Widerspruch der Sozialdemokraten.) Besonders die sozialdemokratische Partei hat an ihm ein besonderes Interesse genommen, so daß man schier hätte meinen können, sie habe Fusionsbestrebungen. Die Dinge, die im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung gestanden sind, gehen in ihren Ursachen zurück auf die vergangenen Jahre der Not. (Zwischenrufe Reichin und Wallisch.) Lassen Sie mich ausreden! Wenige Menschen (**Riegler:** „Sie spotten der Not!“) können sich daran erinnern, daß wir Jahre durchlebt haben, in denen wir den bittersten Mangel an Rohle und Lebensmitteln gehabt haben und das Ausland (Zwischenruf Regner) — bezähmen Sie Ihre Ungeduld, Herr Bürgermeister, Sie werden noch mehr zu hören bekommen — uns von der Zufuhr dieser dringendem, alltäglichen Bedarfsartikel abgeschnitten hat. Um in diesen Dingen Wandel zu schaffen, waren die Kräfte der Wirtschaft damals zu schwach, es mußten die politischen Persönlichkeiten eingreifen. (Zwischenruf Oberzaucher.) Auch Ihre Politiker haben es getan, Herr Oberzaucher. (Wagner:

„Sie sitzen selbst in einer Bank!“ — **R i e m e l m o s e r**: „Sie sind selbst Bankdirektor!“ Um diese Schwierigkeiten zu überbrücken, mußten die politischen Persönlichkeiten sich mehr mit den wirtschaftlichen Fragen befassen, als es sonst in normalen Zeiten der Fall ist und der Fall sein kann (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite.) Mir scheint, Sie können den Unterschied zwischen normal und abnormal nicht unterscheiden, Herr Bürgermeister. (Beifall bei den Christlichsozialen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — **W a l l i s c h**: „Das ist eine Gemeinheit, Sie unterstellen sich, so etwas zu reden!“) Ich habe von den abnormalen Zeiten gesprochen und der Herr Bürgermeister sagt, daß es solche nicht gäbe. Um der dringenden Kohlennot abzuweichen, hat man sich damals mit dem Gedanken befaßt, die Elektrizität in unserem Lande auszubauen, an Stelle der schwarzen Kohle, die uns vom Auslande versagt worden ist, die weiße Kohle in unserem Lande für die Volkswirtschaft nutzbar zu machen. Und so kam es, daß der politische Landeshauptmann (Widerspruch bei den Sozialdemokraten) mit dieser wichtigen wirtschaftlichen Frage so innig verknüpft worden ist. Auch Sie, meine Herren, haben es damals als eine Selbstverständlichkeit angesehen, auch Sie haben damals einträchtig mit dem Landeshauptmann Dr. **R i n t e l e n** mitgearbeitet. (Rufe bei den Christlichsozialen: „So ist es!“ — Widerspruch der Sozialdemokraten.) In der damaligen Zeit ist ein Ausdruck geprägt worden, den man früher kaum gekannt hat, der Ausdruck „Selbstversorger!“ (**Leichin**: „Sie haben sich alle selbst versorgt!“)

Einzelne Personen wurden der Reihe nach Selbstversorger (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten). Es war in Fleisch, Milch, Gemüse u. dergl. mehr. Ich setze voraus, daß Sie meinem Gedankengang folgen können (Widerspruch bei den Sozialdemokraten) und ich darum nicht jedem Satz eine eigene Erklärung beilegen muß (Beifall bei den Christlichsozialen). Auch die Gemeinwesen wurden Selbstversorger und so sind die Wirtschaftsämter in den verschiedenen Orten entstanden, z. B. in Knittelfeld, Leoben und auch in Graz. Die Stadt Graz ist Selbstversorger geworden in Sägespänen und in Würsten (Heiterkeit bei den Christlichsozialen). Mit der Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, verbunden mit dem Listensystem, ist eine scharf umrissene Parteigruppierung erfolgt. (Zwischenruf **S t a m e k**.) Sie sind schon wieder nicht bei der Sache, Herr Bürgermeister. Ein scharf umrissenes Parteiwesen ist daraus entstanden und so wie die Gemeinwesen und Einzelwesen damals gestrebt haben, Selbstversorger zu werden, hat auch jede einzelne politische Partei, welche einigermaßen auf Bedeutung Anspruch erhoben hat, Parteiunternehmungen gegründet, und zwar über Verlangen und unter Mitwirkung der Parteiangehörigen. Die sozialdemokratische Partei hat, und jetzt passen Sie auf, meine Herren, und das geht auch Sie an, Herr Bürgermeister, (**M u c h i t s c h**: „Herr Pfarrer, da täuschen Sie sich, wenn Sie

glauben, mit solchen Wizen über diese heutige Sache hinwegzukommen!“), die sozialdemokratische Partei hat damals ihre Konsumvereine stark ausgebreitet in den einzelnen Landesorten und das ist Tatsache (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), zur Selbstversorgung ihrer Parteiangehörigen. Die sozialdemokratische Partei — ich rede jetzt von den Parteiunternehmungen — hat auch ihre Arbeiterbank gegründet (**R e s e l**: „Aber schon lange vor dem Kriege und sie ist eine Genossenschaft!“) — über diese Sache komme ich noch zu reden — und die sozialdemokratische Partei glaubt, daß sie in den damals errichteten gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen und in den sozialisierten Betrieben, die damals entstanden sind, ein starkes, großes Stück zur Selbstversorgung für ihre Parteiangehörigen errichtet hat. (Rufe bei den Christlichsozialen: „So ist es!“ Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Alle diese Unternehmungen und Gründungen der damaligen Zeit haben zum geringsten Teile Bestand gehabt und wenn die Herren wünschen, werde ich auch auf die Ursachen eingehen. Ich glaube aber, daß dies nicht zur Sache gehörig ist, weil ich lediglich die Tatsachen zu bringen habe. Es sind die meisten sozialisierten Betriebe zugrunde gegangen (**S t a m e k**: „Auch die Monarchie ist zugrunde gegangen!“) und haben dem Staate schweres Geld gekostet. (Rufe bei den Christlichsozialen: „Arsenal!“) Und das Sägewerk von Graz besteht gleichfalls nicht mehr. Nun trat dann infolge dieser Erscheinungen an die Parteiführer die Notwendigkeit heran, helfend und stützend einzugreifen. (**W a l l i s c h**: „Um Börsenspekulationen zu treiben!“) über das werde ich noch sprechen. Ich kann nicht über alles auf einmal reden. (Zwischenruf „Kennen Sie sich da auch aus!“) Wenn ich mich nicht auskennen würde, würde ich über die Sache nicht reden. (**Leichin**: „Ich bitte Herr Präsident, die Galerie macht Zwischenrufe!“)

Präsident: Herr Abg. **Leichin**, bitte mir den Galeriebesucher zu bezeichnen, der diesen Zwischenruf gemacht hat. (**W a l l i s c h** bezeichnet den Galeriebesucher.) Ich ersuche den Herrn, sofort den Landtagsaal zu verlassen (geschieht).

Zenz (fortfahrend): Es trat damals die Notwendigkeit ein, schützend einzugreifen und wessen man den Herrn Bundesminister Dr. **R i n t e l e n** beschuldigt hat, das hat als Ergebnis der hochnotpeinlichen Untersuchung die Tatsache gezeitigt, daß er persönlich (**G f ö l l e r**: „Nichts gestohlen hat!“) in keiner Weise für sich irgendeinen Vorteil verlangt oder gesucht hätte, (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen), sondern nur, daß verschiedene Dinge unternommen worden und erfolgt sind. Die damals unhaltbar gewordenen Unternehmungen entstanden in einer ungesunden und ungünstigen Zeit. Damals waren sie in der Weise zu unterstützen, daß die schlimmen Auswirkungen für die breiten Massen der Bevölkerung verhindert werden; das steht als unwiderlegliche Tatsache der ganzen Untersuchung

fest. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten — Zwischenruf: „Erzählen Sie das Ihren Kongregationen, aber nicht da!“) Weil diese Tatsache feststeht, hat die Christlichsoziale Partei keine Veranlassung dem Herrn Minister Dr. Rintelen ihr Vertrauen zu entziehen (Wallisch: „Traurig genug!“), im Gegenteil, er hat sich als derjenige Mann erwiesen, (Wallisch: „Der das Land korrumpiert hat!“), der auch in diesen schwierigen und heiklen Sachen einzig und allein das Wohl der Bevölkerung vor Augen gehabt und gesucht hat. (Beifall bei den Christlichsozialen. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Darum treten wir nach wie vor für die Wahl Dr. Rintelens ein und ich bitte, sich uns anzuschließen und für die Wahl Dr. Rintelens zu stimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen.)

Nachold: Meine Damen und Herren! Der steiermärkische Landtag ist für heute von seinem Präsidenten Kölbl auf Grund der Geschäftsordnung zur Neuwahl des Landeshauptmannes einberufen worden. Nur diese Neuwahl steht heute auf der Tagesordnung. Bis jetzt haben sich die Wahlen in die steirische Landesregierung, haben sich die Wahlen des Landeshauptmannes ganz ohne besondere Begleitumstände, ohne Aufsehen vollzogen. Man kann sagen, daß die breite Öffentlichkeit von diesen hochwichtigen Akte bis jetzt nahezu gar keine oder doch nur bescheidene Notiz genommen hat. Nachdem die Mehrheit dieses Hauses eine bürgerliche ist, hat die Christlichsoziale Partei als stärkste Partei dieses Hauses ihren Wahlvorschlag erstattet, hat ihren Mann ausgesucht, hat ihren Kandidaten nominiert und der Landeshauptmann ist dann, sozusagen, sang- und klanglos gewählt worden, weil wir Sozialdemokraten uns bis jetzt an dieser Landeshauptmannswahl als desinteressiert erklärt haben, weil wir das Recht der bürgerlichen Mehrheit, sich ihren Kandidaten auszusuchen, nicht bestritten haben und weil wir in Konsequenz dieser unserer Haltung in der Regel leere Stimmzettel abgegeben haben. So, meine Damen und Herren war es bis jetzt, war es bis heute, war es in normalen, friedlichen politischen und parlamentarischen Zeiten. Heute aber steht es ganz anders, heute ist eine ganz andere Situation, heute stehen wir einer von Grund auf geänderten und ganz umgestürzten Sachlage gegenüber. Speziell die Fragen der letzten Zeit, die Untersuchung bei der Steirerbank, die sich aus der Zentralbankaffäre ergeben hat und die Ergebnisse dieser Untersuchung haben die weitesten Kreise der Bevölkerung in diesem Lande empört und erbittert, und die Tatsache, daß der Hauptschuldige an allen diesen bekannt gewordenen Schweinereien jetzt zum Landeshauptmann wieder vorgeschlagen wird, diese Tatsache hat die politische Atmosphäre des hohen Hauses und die außerhalb desselben zur Siedehitze gesteigert. Und, meine Herren von der Gegenseite, gehen Sie sich keiner Täuschung hin, diese Wahl wird und kann sich diesmal nicht mehr so ruhig und friedlich vollziehen, wie dies bis jetzt der Fall gewesen ist. Schon die Vorgeschichte dieser Wahl,

hohes Haus, beinhaltet etwas ganz Eigenartiges, ganz Absonderliches, Abnormales, um mit den Worten des Kollegen Zenz zu sprechen, etwas ganz Ungeheuerliches. Schon die Gründe, warum wir heute hier zusammengekommen sind, um einen neuen Landeshauptmann zu wählen, nachdem wir doch vor ein paar Monaten einen solchen neuen Landeshauptmann gewählt haben, schon die Gründe dieser notwendig gewordenen Neuwahl, sind derartige, daß wir sie mit Zug und Recht als ganz außergewöhnlich, tiefbedauerlich und auch als tieftraurig bezeichnen müssen. Hohes Haus! Es ist, wie ich angedeutet und bemerkt habe, ein paar Monate her, daß der Landtag den Dechanten Prisching zum obersten Chef des Landes erwählt hat. Landeshauptmann Prisching hat diesem Hause seit seinem Beginne angehört. Er ist schon von allem Anbeginne als Landesrat in die Landesregierung gewählt worden. Er ist dann Landesfinanzreferent geworden, wurde dann Landeshauptmannstellvertreter und schließlich und endlich hat er die oberste Funktion, die überhaupt ein Mensch in diesem Lande erreichen kann, erklommen. Der Landtag hat ihn hier zum Landeshauptmann erwählt. Es wird wohl kein einziger von uns hier sein, der je daran gedacht hätte, daß Landeshauptmann Prisching einen solch schimpflichen Abgang finden und daß seine politische Laufbahn ein derartig unrühmliches Ende finden wird. Seine Partei mußte ihm die seidene Schnur nach dem sonnigen Süden nachschicken, wo er auf Urlaub weilte. Das Verhängnis hat ihn unvorbereitet ereilt und Prisching ist in unserer Mitte, wie nicht anders zu erwarten war, nicht mehr erschienen. Die Gründe, warum das geschah, sind der breiten Öffentlichkeit zum Teile wenigstens durch die Presse bekannt geworden: Der Herr Landeshauptmann hat, ohne daß er die Landesregierung gefragt, ohne daß er den in einem Gesetze vorgesehenen Beschluß der Landesregierung eingeholt, bezw. ohne daß er dem für diesen Zweck von der Landesregierung eingesetzten Verwendungsausschuß seine Pläne dargelegt hat, ohne dies alles hat er auf das Konto des Dollardarlebens, welches das Land erhalten hat, 1 230 000 Stück Steweag-Aktien eingekauft. Er hat diese innerhalb der kürzesten Frist, innerhalb einer Woche, und zwar zu einem Kurse, der weit über den inneren Wert dieser Steweag-Aktien hinausgeht, zu einem Betrage von 6000 Kronen gekauft, während der innere Wert der Steweag-Aktie 25 bis 30 Groschen beträgt. Diese Ziffer wurde authentisch ermittelt, wie man die Goldbilanz dieses Unternehmens aufgestellt hat. Dieser Kurs wurde dann durch die Tätigkeit des Finanzreferenten und durch die Tätigkeit des ihm unterstellten Obereinnehmeramtes systematisch, verbrecherisch, in spekulativer Weise auf einen Betrag von 7300 Kronen hinaufgetrieben und zu diesem Betrage wurden zuletzt diese Aktien angekauft. Sehr verehrte Damen und Herren! Welche Banken aus diesem, ihnen aus ganz bestimmten Gründen zugeschanzten Geschäfte Nutzen gezogen haben, wissen wir bereits. (Zwischenrufe:

„Der Herr Landeshauptmann!“) Der Öffentlichkeit wurde auch eine ganze Reihe von Persönlichkeiten bekanntgegeben, die damals aus dem Umstande heraus, daß sie in Kenntnis des Ankaufes der Steweag-Aktien waren, Aktien gekauft und wieder verkauft haben, sich also am Lande bereichert und am Landesvermögen vergriffen haben. (Wallisch: „Selbstverfänger!“) Wie viele es aber eigentlich sind und wer bei dieser guten Situation sich seine Börse gefüllt hat, das werden wir niemals so genau festzustellen in der Lage sein, ebensowenig wie es uns gelingen wird, bis ins Detail die Triebfeder aller dieser Handlungen und ihren Zusammenhang, diese ganz schmachliche und niederträchtige Sache, hier klarzulegen. Der Landtag hat seinerzeit in das Verwendungsprogramm über die Dollaranleihe auch einen Betrag von vier Millionen Schilling, also von 40 Milliarden für die Beteiligung an der Steweag, Steirische Wasserkraft- und Elektrizitätsgesellschaft, eingestellt. Für die Beteiligung, sage ich ausdrücklich, und nicht für den Ankauf von Aktien. Wir haben uns das im Landhause und in der Landesregierung so vorgestellt, daß dieser Betrag einmal aufgewendet werden muß zur Bezahlung derjenigen Aktien, die das Land früher zum Begebungskurs erworben hat, die es aber noch nicht bezahlt hat. Es sollten also in erster Linie die lombardierte Schuld abgetragen werden. Dann entsprach es dem Zwecke und der Tendenz der Einstellung dieses Betrages, daß man anlässlich einer neuen Emmission der Aktien sich daran beteiligte, damit weitere Arbeiten in Angriff genommen werden können, niemals aber, daß alte Aktien gekauft werden sollen. Damit ist dem Lande kein Dienst erwiesen, wenn nur die Aktionäre, die Besitzer der Aktien, etwas haben. Nun, der Herr Landeshauptmann hat für neun Milliarden solche Aktien angekauft, Aktien, die vielleicht ein Drittel des Wertes wert sind, als der Betrag, der dafür ausgegeben wurde. Der Landeshauptmann hätte weitergekauft und hätte voraussichtlich alle die eingestellten 40 Milliarden für diesen unfruchtbaren Zweck des Landes verwendet, wenn wir nicht zufälliger Weise hinter die Sache gekommen wären, nicht sofort Einspruch erhoben und dieser Verschleuderung des Landesvermögens Einhalt geboten hätten. Natürlich wäre der Kurs, wie das der Zweck und die Absicht der Machination gewesen war, maßlos in die Höhe getrieben worden und wir hätten die Aktien nicht um 7300, sondern um 18 000, 19 000, ja 20 000 Kronen kaufen müssen. Ich werde noch die nötigen Beweise für meine Behauptung geben. Es liegt also hier zumindest ein gewissenloser, sträflicher, verbrecherischer Leichtsinns vor, durch den das ohnehin arme Land schwer geschädigt worden ist und mit dem Lande natürlich auch die bei uns ziemlich stark belasteten Steuerzahler. Dieser Schaden ist nicht wieder gut zu machen. Der direkte Urheber und Auftraggeber und das durchführende Organ dieser Transaktion war allerdings der Landeshauptmann Prisching, der Inspirator aber davon, daß man für diesen Betrag alte Steweagaktien kaufte, das

war Landeshauptmann Dr. Rintelen. Wenn ich nun dieser traurigen Tatsache noch eine weitere traurige Tatsache hinzufügen muß, so ist es die, daß der Landeshauptmann Prisching, und jetzt passen Sie auf, Herr Kollege Zenz, persönlich aus der Tatsache, daß das Land über seinen Antrag Aktien kauft, Nutzen gezogen hat, daß er persönlich rechtzeitig selbst Aktien billiger gekauft und sie wieder teurer verkauft hat. Wir werden daher begreiflich finden, daß er seine Landeshauptmannstelle und würde niederlegen mußte, daß er sein Landtagsmandat ebenfalls zurückgelegt hat und daß er heute in unserer Mitte nicht mehr erschienen ist.

Was ich hier kurz skizziert habe, das ist die Vorgeschichte der heute notwendig gewordenen Neuwahl des Landeshauptmannes. Anlässlich dieser unter solchen Umständen erfolgten Niederlegung der Mandate durch den Landeshauptmann, muß es heute zur Neuwahl des Landeshauptmannes kommen. Nachdem Professor Dr. Rintelen Minister ist und nachdem der früher überall bei uns als Kronprinz angesehene Minister Dr. Jakob Ehrer schon seit seinem Rücktritt von der Finanzministerherrschaft beschäftigungslos ist, haben wir angenommen, daß jetzt Dr. Ehrer darankommen und daß er nunmehr Landeshauptmann werden wird. Wir haben uns getäuscht. Dr. Ehrer hat es, wie wir das aus der christlichsozialen Presse entnommen haben, vorgezogen, nicht zu kandidieren; er hat es abgelehnt, er hat eine Studienreise unternommen. Ich glaube, sie führt ihn zuerst nach Amerika. Die christlichsoziale „Reichspost“ hat übrigens etwas aus der Schule geplatzt, sie hat ein bißchen den Schleier gelüftet, warum Dr. Ehrer auf diese Studienreise gegangen ist. Das Zentralorgan der Christlichsozialen, die „Reichspost“, tut den ehemaligen Minister und anerkannten Führer der steirischen Christlichsozialen in folgender bemerkenswerter Weise ab. Sie schreibt (liest):

„Herr Dr. Ehrer, der vor seiner Ministerschaft Landeshauptmannstellvertreter gewesen war, wurde, nach Graz zurückgekehrt, als Rintelen nach Wien berufen wurde, noch mehrfach in der Presse als dessen Nachfolger in der Landeshauptmannschaft genannt; er kam in Wirklichkeit schon damals nicht mehr in Betracht. Dr. Ehrer erklärte denn auch schon zu jener Zeit, er werde keine Wahl annehmen, da er seine Advokatenprüfung vorzubereiten habe, an deren Ablegung er bisher durch seine politische Tätigkeit gehindert worden sei. Er sah schon damals seine politische Rolle zu Ende gehen und wird denn auch von der Auslandsreise, die er jetzt angetreten hat, nicht mehr ins politische Leben Österreichs zurückkehren.“

Es scheint mir also nicht notwendig gewesen zu sein, daß wir heute Herrn Dr. Ehrer einen achtwöchigen Urlaub bewilligt haben (liest):

„Er wäre nicht der Mann gewesen, der dem Gesundungsprozeß, der jetzt im politischen und wirtschaftlichen Leben Steiermarks einzuleiten ist“ — schreibt die „Reichspost“ — „hätte dienen

können. Solange er als Finanzminister im Amte war, genoß er die Gunst und das Lob der Presse, die sonst keinem Christlichsozialen grün war.“

Das ist die „Neue Freie Presse“ und die Judenpresse. Wir haben Dr. Ahrer niemals gelobt, aber die Judenblätter in Wien haben sich für den christlichsozialen Minister Dr. Ahrer eingesetzt, wie in der „Reichspost“ zu lesen ist. „Eine zweifellose politische Begabung, litt er an seinem allzu großen Selbstvertrauen Schiffbruch, in gleichem Maße sich der christlichsozialen Sache innerlich entfremdend.“ Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß Dr. Ahrer sich der Sache gar nicht besonders zu entfremden brauchte; mir kommt vor, er war der christlichsozialen Sache überhaupt nicht besonders verbunden, als er in die Politik eingetreten ist. Übrigens muß ich sagen, daß die Motive, die die christlichsoziale „Reichspost“ zu diesem überbordwerfen Dr. Ahrers durch die Christlichsozialen anführt, nicht richtig sind. Es ist nicht wahr, daß Dr. Ahrer, wie er aus dem Finanzministerium ausgeschieden ist, bereits ein politisch toter Mann war. Er ist, als er zurückgekommen ist, sofort Obmann des christlichsozialen Klubs geworden, ist in alle Versammlungen gegangen und hat bei den Christlichsozialen als der kommende neue Mann gegolten. Die wirkliche Ursache, warum er ausgeschieden ist, besteht darin, daß er genau so wie Prisching die Korruption, die durch die Untersuchung bei der Steierbank herausgekommen ist, nicht mehr mitmachen konnte und nicht mehr auszuhalten in der Lage war. Nun ist Dr. Ahrer fortgegangen. Er hat es vorgezogen, in die Ferne zu ziehen, um wahrscheinlich allen diesen peinlichen Erörterungen über Spekulationen und über ungedeckte Kontis bei der Steirerbank, um allen diesen vielen Erörterungen in der Öffentlichkeit, wieso es kommt, daß ein ehemals blutarmer Student in verhältnismäßig kurzer Zeit durch die Politik zum reichen Mann geworden ist (Mikola: „Wo steht denn das? Das müssen Sie beweisen!“), der sich sogar mit dem Ankauf von Gütern in Oberösterreich beschäftigte, aus dem Wege zu gehen. Aus diesem Grund ist wahrscheinlich Dr. Ahrer in die Ferne gezogen. (Christlichsozialer Zwischenruf.) Er hat allerdings, Herr Kollege, durch sein Weggehen von Graz wieder einer neuen Frage die Diskussion geöffnet, weil Sie bezweifeln, daß er etwas hat; der Frage, wieso es kommt, daß er diese horrenden Kosten einer solchen Amerikareise — Sie haben in Ihrem Blatte geschrieben, daß er sogar nach Holland und Schweden geht —, daß er diese ungeheuren Kosten einer solchen Vergnügungsreise bestreiten kann. (Sigmund: „Er hat einen reichen Schwiegervater.“ — Muchitsch: „Vielleicht reist er als Handwerksbursche.“ — Wagner: „Was ist es mit dem Hausbesitzer, Bürgermeister Stamek, woher hat er die Mittel?“) Seinen Schwiegervater und seine Verhältnisse kennt jeder, von dieser Seite kommt das Geld nicht. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, nachdem nun der Kronprinz außer Landes gegangen ist, ist es natürlich

notwendig geworden, daß sich die Christlichsoziale Partei mit einem anderen Vorschlage beschäftigen muß und daß sie einen anderen Kandidaten für die vakant gewordene Stelle aussindigt macht. Es muß eine außergewöhnlich schwere Geburt gewesen sein, aber ich glaube... (Zwischenruf.) Sie sitzt hier, die Oberhebamme. Aber dank dieser kräftigen Unterstützung und der bewährten Mithilfe dieser Oberhebamme, der Christlichsozialen Partei, dank der Hilfe Dr. Gürtlers, ist also endlich doch diese Geburt zustande gekommen und Professor Doktor Rintelen wurde als christlichsozialer Kandidat ausgewählt und uns vorgestellt. Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Sie heute schon die Auffassung haben werden, die übrigens die ganze Bevölkerung von Haus aus gehabt hat, daß das Produkt dieser Wehen nur eine Fehlgeburt gewesen ist. (Bravorufe bei den Sozialdemokraten.) Nun, meine sehr Verehrten, diese Kandidatur entspricht sichtlich mehr den persönlichen Wünschen des betreffenden Kandidaten, als wie dem seiner Partei. (Widerspruch. — Mikola: „Das ist nicht wahr. Das lassen wir uns nicht gefallen!“ — Zwischenrufe Oberzaucher und Riemelmoser.) Herr Riemelmoser, zu Ihrem Konto kommen wir noch. Ihr Konto wird bald auch veröffentlicht werden, warten Sie nur, es wird nur mehr ein paar Tage dauern. Ich werde vielleicht heute noch Gelegenheit haben, etwas darüber zu sagen. Diese Kandidatur ist es, die Aufstellung dieses Kandidaten, die weiteste Schichten der Bevölkerung in Steiermark so außerordentlich erbittert hat. Die Aufstellung dieses Kandidaten ist es, die unsere Partei, uns alle zwingt, hören Sie, was ich sage, meine sehr Verehrten, die unsere Partei zwingt zum Zwecke der unbedingt notwendigen Trennung von Politik und Geschäft (Beifall bei den Sozialdemokraten) in diesem Lande, zum Zwecke der unbedingt notwendigen Reinigung des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Verwaltung in diesem Lande (Bravorufe bei den Sozialdemokraten. — Mikola: „Auch in der Fürsorge?“), zum Zwecke der Wahrung des Ansehens des Landes Steiermark (Bravorufe bei den Sozialdemokraten) mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln und sei es selbst unter Zertrümmerung der Arbeitsfähigkeit dieses Landtages (Bravorufe bei den Sozialdemokraten. — Rufe: „Auflösung, Neuwahl!“) und sei es selbst unter vollständiger Lahmlegung der Tätigkeit der Landesregierung (Bravorufe bei den Sozialdemokraten), also mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, dieser ganz unglaublichen und unmöglichen Wahl sich entgegenzustellen. Die Kämpfe, die wir mit Landeshauptmann Dr. Rintelen in den vielen Jahren zu führen gezwungen waren, in denen wir mit ihm zusammenarbeiteten, sind mannigfacher und sehr vielseitiger Natur. Insofern diese Kämpfe den politischen Gegensätzen entspringen, insofern sie herauskommen aus der vollständig divergierenden Weltanschauung der Christlichsozialen Partei und der sozialdemokratischen Partei, sind diese Kämpfe immer ausgetragen worden, ohne das persönliche Moment in den Vordergrund zu schieben. Nicht aus-

getragen aber werden konnten diejenigen Gegenstände, die sich aus der äußerst intensiven Tätigkeit des Herrn Landeshauptmannes auf anderem Gebiet ergeben. Diese Gegenstände, die sich ergeben haben aus seinen Transaktionen, die mit der Politik nichts zu tun hatten oder besser gesagt, die mit der Politik hätten etwas zu tun haben sollen. Im April dieses Jahres haben wir uns hier im Landtage mit der Weizelsdorfer Banknotenfälscheraffäre beschäftigt. Diese hat weit über die Grenzen unseres Landes hinaus das unliebsamste Aussehen ausgelöst. Sie hat das Ansehen unseres Landes und den Kredit unseres Landes auf das allerschwerste geschädigt. (Zwischenrufe: „Dank Ihrer Zeitungen!“ — Zwischenrufe, großer Lärm.) Im Mittelpunkt dieser Affäre, sehr geehrte Damen und Herren, stand aber der Herr Landeshauptmann von Steiermark, Prof. Dr. Rintelen. Rein geringerer als der ungarische Ministerpräsident selbst, so ein bißchen ein Parteigenosse vom Herrn Landeshauptmann Dr. Rintelen war es, der vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, also vor einem Ausschusse, der richterliche Gewalt hat, von dem eine falsche Zeugenaussage geahndet werden kann, ausgesagt hat, daß diese falschen Tschechokronen in Weizelsdorf bei Graz hergestellt worden sind und daß die steirische Landesregierung von diesen Fälschungen Kenntnis hatte, daß sie sie nicht nur geduldet, sondern gefördert habe. Ich habe damals in diesem Hause ... (Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Lärm.) Wenden Sie sich an Ihren Parteigenossen Bethlen in Ungarn, der hat das behauptet. (Lärm. — Mikola: „Es ist ja doch nichts bewiesen worden!“) Ich komme schon darauf, daß nichts bewiesen worden ist und warum es nicht bewiesen werden konnte. (Zwischenrufe. — Resel: „Regen Sie sich nicht so auf, Sie wissen ja nichts!“ — Wagner: „Warum haben Sie die Weizelsdorfer Geschichte nicht früher aufgezeigt, Sie haben doch gesagt, Sie haben gewußt davon!“ Lärm.)

Hohes Haus! Ich habe damals hier im Landtage zwei dringliche Anfragen an den Landeshauptmann eingebracht und er hätte wohl auch Gelegenheit gehabt, mit dem Tone tiefster Enttäuschung zu erklären, daß das falsch war, was der ungarische Ministerpräsident über ihn gesagt hat. (Mikola: „Das kann er nicht, weil das eine Geheimnis war!“) Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat der Herr Landeshauptmann mir damals darauf geantwortet, aber Sie werden genau so wie ich den außergewöhnlichen und unangenehmen Eindruck gehabt haben, daß er sich nicht recht verteidigen konnte und wollte, weil er nicht recht gewußt hat, ob nicht von Ungarn eine weitere Veröffentlichung erfolgt. Und dann ist es bei uns im Landtage zu diesem Untersuchungsausschuß gekommen. In diesem Untersuchungsausschuß wurde natürlich nichts bewiesen. (Wagner: „Was nicht bewiesen ist, darf nicht behauptet werden!“) Ich werde Ihnen schon sagen, warum nichts bewiesen werden konnte. Man muß sich vorstellen, was ein solcher Untersuchungsausschuß des steiermärkischen Landtages überhaupt

ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Untersuchungsausschuß, aus dem Landtage herausgewählt, ist etwas ganz anderes und hat wesentlich eingeschränktere Funktionen als ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß in Wien. Er hat keine richterliche Gewalt, keine richterlichen Funktionen, die Zeugen können kommen, wenn sie vorgeladen werden, sie brauchen aber auch nicht zu kommen, sie können die Wahrheit sagen, sie können lügen, was sie wollen, es kann ihnen nichts geschehen. Und damals, meine sehr Verehrten, in diesem Untersuchungsausschuße, da haben wohl die Zeugen und die Angeklagten sehr viel gelogen, (Widerspruch bei den Christlichsozialen), so, daß sich der Tisch gebogen hat, möchte ich beinahe sagen. Und es konnte deshalb auch nichts herauskommen. Wir haben damals auch in unserem Minderheitsvotum erklärt, daß es nicht gelungen ist, dem Landeshauptmann Dr. Rintelen zu beweisen, daß die Mitteilungen seines Parteigenossen Bethlen in Ungarn wahr gewesen sind, er mußte wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden. (Riemeser: „Was wollen Sie also noch?“) Aber es ist doch bei diesem Untersuchungsausschuß deutlich die Tatsache zum Vorschein gekommen, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen die intimsten Beziehungen mit diesem notorischen Banknotenfälschern, mit diesen Verbrechern hatte. Diese Tatsache ist bei dem Untersuchungsausschuß herausgekommen und weiter auch die Tatsache, daß man diesen Leuten, dem Huber und dem Walch, den Mund gestopft hatte, indem man sie nachträglich auf gut bezahlte Posten brachte. (Wagner: „Wie bei Ihrer Partei!“) Wenn dem Statthalter Elary früher einmal das Malheur passiert wäre, daß er von so einer Sache keine Kenntnis erlangt hätte, daß er nicht gewußt hätte, daß in der nächsten Umgebung von Graz Banknoten gefälscht werden und daß seine Organe so dumm gewesen wären, nicht daraufzukommen, er wäre keinen Tag länger mehr Statthalter gewesen. Bei uns ist aber der Nachweis gelungen, daß der Landeshauptmann in den intimsten Beziehungen zu diesen Verbrechern gestanden ist. Dieser Nachweis hat aber nicht genügt, daß er seinen Posten aufgegeben hat, er ist von seiner Partei weiter gehalten worden und die Sache war für ihn erledigt.

Und nun meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach diesem kurzen Rückblick komme ich auf die Vorkommnisse in der letzten Zeit zu sprechen. Das Resultat der Untersuchung in der Zentralbankaffäre das uns bis jetzt bekanntgegeben worden ist — die Untersuchung der Steirerbank läuft ja noch weiter — dieses Resultat ist so diffamierend und wirft ein so eindeutiges Licht auf die Rolle, die der Herr Landeshauptmann Rintelen dabei gespielt hat, daß seine Wiederkehr in den Landtag als Landeshauptmann ganz und gar unmöglich ist. Meine Damen und Herren! Die Vorgeschichte all dieser letzten Aufdeckungen fällt zurück auf eine frühere

Zeit, in die Zeit, wo die Steirerbank gegründet worden ist und welche ja eigentlich der Ausgangspunkt der Verquickung von Politik und Geschäft in Steiermark geworden ist. Die Gründung der Steirerbank hat man seinerzeit den Gläubigen in der Stadt und auf dem Lande — ich glaube der Herr Pfarrer Zenz wird auch agitiert haben — unter der Devise plausibel machen wollen, daß man diese Gründung als antisemitischen Kreuzzug gegen die Judenbanken, gegen das jüdische Kapital hingestellt hat. Damit dieser Feldzug auch wirklich gelingt, war es natürlich notwendig, daß der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen von vorneherein zum lebenslänglichen Präsidenten dieser Bank gemacht wird. Das hat man in der Weise gemacht, daß die Bewilligung des Bankstatutes, das Landeshauptmann Prisching eingereicht hat, von der Regierung in Wien erpreßt wurde. Sie mußte es bewilligen, weil sie sonst verschiedene Konsequenzen der steirischen Christlichsozialen hätte zu gewärtigen gehabt. (Riemelmoser: „Der Elbersch hat es ja unterschrieben!“) Nun möchte ich etwas über die Entwicklung der Steirerbank sagen. Ich kann mich an eine Debatte erinnern, die im Parlament im Jahre 1920 über die Gründung der Steirerbank abgeführt worden ist. Damals hat der heute hier im Hause als Gast anwesende Minister Dr. Görtler, der überhaupt das Pech zu haben scheint, alle diese unangenehmen Geschichten überall verteidigen zu müssen — allerdings ist er auch der Mann dazu, er bringt den entsprechenden Zynismus auf — damals hat Minister Görtler erklärt, daß es sich bei der Gründung der Steirerbank um die Betätigung eines praktischen Antisemitismus handle, dieses blöde und fade Geschrei der Deutschnationalen führe zu nichts, locke keinen Hund hinter dem Ofen hervor, man müsse zur praktischen Bekämpfung übergehen, man müsse den Juden mit seiner eigenen Waffe bekämpfen und müsse den jüdischen Banken christliche und arische Banken gegenüberstellen. Und Minister Görtler hat damals im Brusttone seiner tiefsten Überzeugung erklärt, niemals werde eine solche christliche Aktie der christlichen Bank, des christlichen, lebenslänglichen Präsidenten, in eine nichtarische Hand gelangen. Es hat nicht allzulange gedauert, und siehe da, auf einmal ist die Steirerbank des christlichen Landeshauptmannes Dr. Rintelen verbunden gewesen mit dem Arier Bofel in Wien und auf einmal haben wir ein Inserat in der „Neuen Freien Presse“ gelesen, daß die Steirerbank ein Konzernunternehmen des Bofel, der Unionbank, geworden ist und man hat sich weiterhin im praktischen Antisemitismus in Steiermark betätigt. Der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen hat im Verein mit Castiglione aus Italien eine Aktiengesellschaft, die „Stewag“, gegründet (Dr. Rintelen: „Mit Ihrer Zustimmung!“) und auf einmal ist Castiglione als Kompagnon in der Steirerbank gefessen (Dr. Rintelen: „Das ist unwahr!“) und Castiglione hat seinen Ver-

treter und seinen Bevollmächtigten im Verwaltungsrate der Steirerbank sitzen gehabt. (Dr. Rintelen: „Wer war das?“ — Riemelmoser: „Heraus mit dem Namen!“ — Riemer: „Es ist leicht Behauptungen aufzustellen und zu beleidigen!“ — Wallisch: „Sie haben nichts mehr zu reden hier, das ist eine Gemeinheit!“ — Lärm.)

Nun meine Damen und Herren, so ist die Steirerbankgründung in Steiermark, die Gründung des christlichsozialen Landeshauptmannes Dr. Rintelen zu dem Urquell der Verbindung zwischen Politik und Geschäft geworden. Das ist der Ausgangspunkt, von wo aus die politische Korruption in diesem Lande ihren Anfang genommen hat und wir haben nicht gewußt, wo der Landeshauptmann Dr. Rintelen aufhört, wir haben nicht mehr gewußt, wo der lebenslängliche Präsident der Steirerbank anfängt, das war uns unmöglich. Der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen ist durch seine verschiedenen geschäftlichen Transaktionen so sehr in Anspruch genommen gewesen, er hatte sich für die Verwaltung des Landes viel weniger kümmern können, als es seine Pflicht gewesen wäre. Hätte er es damals schon getan, vielleicht wäre es, wenn er, der sicher die Kenntnisse und die Fähigkeit hat, in die Verwaltung etwas dreinzureden, zu diesen Diebstählen des Remschmidt im Landesabgabenamte nicht gekommen. Aber die wirklichen Ugenden des Landeshauptmannes sind ganz in den Hintergrund geschoben worden, er hat immer draußen zu tun gehabt, er war verreist und wenn der Landeshauptmann da war, so mußte ihm der Präsidialdiener oft Tage lang nachrennen, um von ihm eine Unterschrift auf einen Akt zu bekommen, ob er nun wichtig war oder nicht wichtig. Und trotzdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz dieser Verquickung von Politik und Geschäft ist die Steirerbank doch nicht gegangen, sie ist in Schwierigkeiten geraten, es drohte ihr der Konkurs. An diesem Schicksale der Steirerbank haben allerdings eine ganze Reihe von Verwaltungsräten und anderen christlichsozialen Größen — es sitzen einige dort auf der Bank als Abgeordnete (weist mit der Hand auf die rechte Seite des Hauses) — einen ziemlich Teil der Schuld. Sie haben ihre Privatpekulationen bei der Steirerbank gemacht, haben an der Börse spekuliert und wenn die Sache schief ausgegangen ist, dann wurde das auf Provisionskonto umgebucht und die Bank hat die Kosten dieser persönlichen Spekulation der Herren zu tragen gehabt. Es ist unerhört, wenn ich sage, daß mehrere der dem Herrn Landeshauptmann zur persönlichen Dienstleistung zugeordneten Beamten an diesen Spekulationen teilgenommen haben. Stellen Sie sich vor, wie das korrumpierend wirken muß: der Landeshauptmann, der Präsident der Steirerbank und die ihm zugeordneten Beamten, die auf der Bank des Landeshauptmannes Börsenspekulationen betreiben! Ist das nicht der Gipfelpunkt der Korruption? Das ist der Gipfelpunkt der Verseuchung und Versumpfung in unserem Lande (Beifall bei den Sozialdemo-

kraten) und wie kann man daran noch denken, den Landeshauptmann Dr. Rintelen wieder zu berufen und ihm wieder die Verwaltung auszuliefern. Herr Dr. Rintelen hat zur Rettung der Banken zu einer Reihe von Mitteln gegriffen. Er hat in erster Linie einen großen Druck auf die Regierung ausgeübt und unter seinem Drucke hat sich die Zentralbank deutscher Sparkassen bereit erklärt, die Steirerbank zu übernehmen. Diese Übernahme hat der Zentralbank 11 Milliarden gekostet und sie hat für diese Gefälligkeit eine andere Kompensation bekommen, man mußte sie irgendwie zufriedustellen und so hat sie von der Postsparkasse einen Betrag von 20 Milliarden als Darlehen ausbezahlt erhalten, zu einem Zinsfuß von sechs Prozent unter dem üblichen Bankzinsfuß, das heißt, nachdem der Bankzinsfuß sieben Prozent beträgt, wurden diese 20 Milliarden der Zentralbank zu einem Zinsfuß zu 1 Prozent gegeben und wenn der Bankzinsfuß, was ja im Interesse der Volkswirtschaft zu begrüßen wäre, zurückgeht, dann hätte sie überhaupt keine Zinsen mehr zu bezahlen gehabt. Tatsache ist, daß die Postsparkasse diese 20 Milliarden samt Zinsen nicht mehr bekommen wird. Durch diesen Vorgang des Ministers Dr. Rintelen, der die Steirerbank retten wollte, wurde man zu einem schamlosen Mißbrauch an öffentlichen Geldern verleitet und kein Mensch wird behaupten wollen, daß die Gelder der Postsparkasse nicht staatliche Gelder sind. (Zwischenruf: „Was ist mit dem Arsenal und Wöllersdorf?“) Damit die verkrachte Steirerbank des Rintelen gerettet werde, mußten diese Staatsgelder hergegeben werden. (Riegler: „Die Postsparkassengelder sind keine Staatsgelder!“) Nun, ich werde Ihnen gleich über eine andere Korruptionshandlung Ihres Kollegen etwas erzählen, u. zw. von den Genossenschaften, die in der Oststeiermark sind. Diese sind in Bedrängnis gekommen, sie standen vor dem Konkurs. Der Landeshauptmann hat sofort in Wien interveniert und auf einmal haben diese Genossenschaften fünf Milliarden Staatsgelder von der Postsparkasse zu ihrer Sanierung erhalten. Wir haben dies ja aus dem Bericht des Untersuchungsausschusses gelesen.

Zwei Mitglieder der Landesregierung waren aussersehen, die Verteilung zu besorgen. Herr Landesrat Dr. Enge und Herr Landesrat Winkler. Zwei Milliarden sollen noch vorhanden sein zur Verteilung, das habe ich aus dem Bericht entnommen. (Dr. Enge: „Sie bekommen nichts davon, das ist klar!“) Wie sie die Verteilung dieser öffentlichen Gelder vorgenommen haben (Zwischenruf: „Öffentlichkeit!“), das würde auch andere Menschen interessieren, die ja auch Opfer bringen müssen. Nun, damit kein Zweifel über unsere allgemeine Auffassung zu den Genossenschaften entsteht, will ich sagen, daß ich nicht grundsätzlich dagegen bin, daß solche Genossenschaften subventioniert werden, grundsätzlich kann ich mir ganz gut vorstellen, daß man auch einer Genossenschaft, die in Schwierig-

keiten geraten ist, aufhilft, aber unter keinen Umständen könnte ich es billigen, daß das so im Geheimen gemacht wird. Beim Arsenal hat die Regierung die Gelder beschlossen, (Zwischenruf) sie sind in aller Öffentlichkeit ausgegeben worden, aber nicht im Geheimen, wo niemand etwas davon weiß. Wenn derartige Sachen gemacht werden, so muß dies öffentlich gemacht werden, man muß vor das Parlament gehen oder zumindestens allen Mitgliedern der Landesvertretung Gelegenheit geben, zu dieser Verteilung von Steuergeldern Stellung nehmen zu können. Nachdem nun Herr Professor Dr. Rintelen die Steirerbank der Zentralbank deutscher Sparkassen angehängt hatte, — es war ja alles recht schön und gut vorübergegangen — hat sich der Herr Landeshauptmann doch einigermaßen getäuscht, denn die Zentralbank selbst ist dann in Schwierigkeiten gekommen. Sie hat einmal diese gute Kost, die man ihr mit der Steirerbank und einigen anderen christlichsozialen Fehlgründungen verabreicht hat, nicht vertragen, es war das zu viel auf einmal für ihren Magen und sie ist dann selbst in die größten Schwierigkeiten gekommen. Nun, da fängt ein anderes Kapitel an; denn es war zweifellos, daß dem Herrn Landeshauptmann Dr. Rintelen die Verhältnisse der Zentralbank viel besser bekannt waren, als allen anderen, daß er gewußt hat, in welche Situation sie geraten ist. Wir haben uns den Kopf zerbrochen, warum Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen von Graz weggehen will, um nach Wien zu gehen und Unterrichtsminister zu werden, wir haben keinen Grund dafür gefunden. Es spricht ja nichts dafür, daß Dr. Rintelen als Ressortminister nach Wien geht, (Dr. Rintelen: „Sie haben eben kein Verständnis dafür, daß man aus dem Pflichtgefühl heraus einmal handelt. Sie glauben, es muß immer ein Geschäft dahinterstehen!“ — Zwischenrufe), denn selbst die materiellen Verhältnisse sind ja bei einem Bundesminister viel schlechter als bei einem Landeshauptmann, abgesehen davon, daß der Herr Landeshauptmann in Steiermark wirklich ein eigenmächtiger Herr ist gegenüber einem so armen Bundesminister. (Zwischenruf: „Das möchten Sie halt gern sein!“) Ich habe mir damals diesen Entschluß des Herrn Landeshauptmannes nur so erklären können, daß ich mir gedacht habe, er hat schon einmal genug von der Politik, von den allerdings durch sein Verschulden ausgelösten Angriffen, er will sich nun einen schönen Abgang schaffen und geht ins Ministerium und scheidet dann als Minister aus dem öffentlichen Leben. (Zwischenruf Zenz.) Das war die Auffassung, die wir hatten und heute — und jetzt werden Sie wieder aufschreien — ist es doch für uns klar, warum Landeshauptmann Dr. Rintelen nach Wien gegangen ist. Nur darum, weil er den Staatskassen näher war. (Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen, Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen mußte nach Wien gehen, weil er seine Versprechungen einlösen mußte, die er gegeben hatte, als er der Zen-

tralbank die Steirerbank angegliedert hatte. Er mußte den Wechsel einlösen, den er aus Anlaß der Übernahme der Steirerbank dem Wutte ausgestellt hatte und so ist es dann gekommen, daß 11 Milliarden der Zentralbank hingeworfen worden sind. Landeshauptmann Dr. Rintelen war einer jener wenigen Minister — es waren ja nur fünf oder sechs Tage, nachdem er das Ministerium übernommen hatte — die ohne Dispositionsrecht, ohne das Parlament zu fragen, einen Betrag von 625 Milliarden öffentlicher Gelder für die Sanierung der Zentralbank hinausgeworfen haben. Für weitere 300 Milliarden haben dann diese paar Herren die Staatsgarantie übernommen und haben erklärt, daß für alle Spareinlagen die Haftung übernommen wird. Nach dem inzwischen bekanntgewordenen Statuts hat die Zentralbank damals 900 Milliarden Spareinlagen gehabt. 625 Milliarden wurden bereits ausbezahlt und für die weiteren ist die Staatsgarantie gegeben worden. Es sind also bei diesem Anlasse 900 Milliarden Staatsgelder zur Sanierung der Zentralbank ausgeliefert worden. Und damit es unter einem geht, hat der Herr Landeshauptmann noch in derselben Woche etwas weiteres veranlaßt. Er hat seiner allgeliebten Steirerbank — 88 Prozent der ganzen Aktien waren ja im Besitze der Zentralbank — er hat dieser Steirerbank durch die Nationalbank weitere vier Milliarden zuschieben lassen, um dadurch den Status der Steirerbank zu verbessern. (Zwischenruf.) In den letzten Jahren haben wir viele Bankzusammenbrüche erlebt. Wir brauchen ja nicht weiter zu greifen. Bei uns in Graz ist die Handels- und Gewerbebank zugrunde gegangen, der ehemalige Selbsthilfeverein, die Genossenschaftsbank, wir haben den Zusammenbruch der Bodenbank gesehen, eines Institutes, welches in allen Ländern Filialen gehabt hat und das sozusagen eine Domäne der großdeutschen Partei war und kein Mensch hatte damals geklagt, daß die Spareinlagen für alle kleinen Leute verloren gegangen sind. Der Regierung ist es nicht eingefallen, die Frage aufzuwerfen, wie man diese kleinen Leute schützen und ihnen helfen und ihnen den Verlust rückersetzen soll. Aber bei der Zentralbank, da mußte etwas anderes gemacht werden, weil sie die Steirerbank und einige andere christlichsoziale Banken gerettet hat und Sie schon damals zugesagt hatten, daß man sie nicht im Stiche lassen werde. Es ist bezeichnend, daß man in derselben Woche der Zentralbank deutscher Sparkassen ohne Recht und Befehl 625 Milliarden hingeworfen hat, wo in Wien ein anderes bürgerliches Institut, der erste Wiener Konsumverein, seine Schalter schließen mußte. Dieser ist eine alte Gründung. Er besteht schon seit vielen, vielen Dezennien. In ihm sind die Beamten, die kleinen Leute vertreten. Eine rein bürgerliche Institution, die mit den sozialdemokratischen Ideen und Plänen nichts zu tun hat. Da sind auch die Leute dieses Institutes zum Finanzminister Kollmann gegangen. Hohnlachend hat er sie davongejagt. Nicht einen Groschen hat er in

Aussicht gestellt für alle die kleinen Leute und Beamten, die ihre Spareinlagen verloren haben. Das ist der beste Beweis, daß die Rettung der Zentralbank eine der ärgsten Korruptionsaffären ist. Wir wissen, warum diese Milliarden vergeudet worden sind. Nun komme ich, ich will kurz sein, zum Abschluß dieser Tragödie. Über Betreiben unserer Partei ist ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß in Wien über die Zentralbankaffäre eingesetzt worden, über die Ursache des Zusammenbruches, auch über die ganze Frage, wieso die Regierung dazu kam, diese 625 Milliarden auszugeben, und über die Frage, warum die Staatsgarantie hier gegeben worden ist. Zu diesem Zeitpunkt wurde, drohte auch der Steirerbank die Untersuchung, weil sie ein Bestandteil der Zentralbank der deutschen Sparkassen gewesen ist. Um nun dieser Untersuchung der Steirerbank aus dem Wege zu gehen, hat der Landeshauptmann das letzte getan. Er hat bei dem Gouverneur der Bodenkreditanstalt, Dr. Sieghardt, alle möglichen Schritte unternommen, um ihn zu veranlassen, daß er die Steirerbank übernehme, bevor die Untersuchung in der Steirerbank einsetze. Der Landeshauptmann wollte unter allen Umständen diese Untersuchung hintanhalten. Diese eventuelle Übernahme der Steirerbank, dieser schlechten Bank durch das Haus Rothschild — es handelt sich bei der Bodenkreditanstalt um das Haus Rothschild — (Dr. Rintelen: „Das ist ganz falsch“) mußten wir uns nicht zu erklären. Wir mußten nicht, warum das geschieht; warum die Bodenkreditanstalt dazu bereit war und was sie dafür bekommt. Es weiß doch jeder Mensch, daß diese Bank nichts tut und macht, wenn sie nicht in irgend einer Weise entschädigt wird. Ich komme dazu, was die Entschädigung hätte sein sollen und was man ihr gegeben hat, damit sie diese Steirerbank übernimmt. In dieselbe Zeit fällt eben der Ankauf der Stewagaktien durch das Land Steiermark. Das Land Steiermark hat damals nach dem vorliegenden Ausweis, am 9. Juli 1926 30 000 Stück, am 12. Juli 30 000 Stück, am 13. Juli 127 000, am 14. Juli 103 000, am 14. Juli 174 000, am 15. Juli 73 000, insgesamt 600 000 Stück Aktien bei der Agrarbank in Graz gekauft. Die Agrarbank gehört der Bodenkreditanstalt des Herrn Sieghardt. Die Kurse von 6000 bis 6800 Kronen sind an einem Tage auf 7000 und 7300 hinaufgetrieben worden. Des weiteren hat damals die Steirerbank am 12., 13. und 15. Juli 194 000 Stück, also rund 200 000 Stück auch zum Kurse von 6500 bis 7300 an das Land Steiermark verkauft. Die Banken haben diese Aktien nicht daher erst zusammen gekauft, auch nicht einen kleinen Teil, sie haben sie schon liegen gehabt und die Tatsache, daß die Bodenkreditanstalt 600 000 Stück Aktien an das Land abliefern konnte und daß der Status dieser Bank auch durch den Verkauf von 200 000 Stück Aktien gebessert worden ist, alles dies spricht Bände. Hier liegt der innere Zusammenhang des Ankaufes der Steirerbank durch die Bodenkreditanstalt. Das

war die Kompensation, die man der Bodenkreditanstalt für die eventuelle Übernahme der Steirerbank gegeben hat. Ich sage, nicht Prisching hat diese Sache gemacht, er war das durchführende Organ, aber der wirkliche Initiator, der überhaupt die Aktien aufgekauft hat, das war nicht er, das war Dr. Rintelen. Alles das hat nichts genützt. Diese Aktion hat sich als eine verspätete, als eine unmögliche Rettungsaktion erwiesen und wenn es trotzdem nicht zur Übernahme der Steirerbank durch die Bodenkreditanstalt gekommen ist, sondern zur Revision der Steirerbank, so ist das nicht die Schuld des Dr. Rintelen, sondern das Verdienst der sozialdemokratischen Partei. Und nun frage ich Sie und lege Ihnen eine Gewissensfrage vor: Kann man nach all dem, was ich hier in aller gedrängten Kürze über die Tätigkeit des jetzigen Ministers Dr. Rintelen gesagt habe, daran denken, ihn wieder in das Land zurückzurufen. (Rufe: „Nein!“) Sein dringender Wunsch, in das Land zurückzukommen, ist begreiflich und sehr verständlich. Das Ministerium Ramek liegt in Agonie. Seine Tage sind gezählt, es kämpft nur mehr um einen schönen Abgang, indem es einen Beamtenstreik provozieren will. Es wird abgelöst von einem Ministerium Seipel. Es sind also die Ministertage des Dr. Rintelen gezählt. Wir können uns zu dem Prälaten Seipel stellen wie wir wollen, ihn als politischen Gegner bekämpfen, aber man muß anerkennen, daß der Mann reine Hände hat und daß er den so rampantierten Dr. Rintelen nicht einen Tag länger in seinem Kabinett dulden wird. Hören Sie, was Ihr oberster Chef, dessen Urteil Sie nicht bestreiten können, über diese Sache sagt. Seipel sagt in seinem Zentralorgan über Dr. Rintelen folgendes (liest):

„Wenn jetzt der Dr. Rintelen den Beschluß der steirischen Parteigenossen folgen wird, so wird ihn ein schweres Amt erwarten, die Aufgabe strenger und unnachsichtlicher Änderungen. Weder in ihrer Zielsicherheit noch in ihrer Reinheit darf die christlichsoziale Politik angezweifelt werden.“

So erklärte vor der christlichsozialen Parteileitung Dr. Seipel. „Danach wird vor allem und von jedem zu handeln sein.“ (Rufe: „Was wollen Sie noch mehr?“) Wenn Sie die Qualifizierung des Dr. Rintelen durch Prälaten Seipel, die darinnen enthalten ist, nicht verstehen wollen, dann kann ich Ihnen nicht helfen. Die Auslegung ist schon die rechte, doch scheint Seipel die Auffassung zu haben, daß, damit er Dr. Rintelen loswerden kann, er im Lande untergebracht werden soll. Wir haben aber die Auffassung schon gar nicht und auch diejenigen draußen am Lande und in der Stadt und in der Industrie. Wir werden es nicht dulden, daß er wieder in das Land zurückkommt. Eine Gesundung dieser wirklich korrupten und ungesunden Atmosphäre kann nicht platzgreifen, wenn der Träger, derjenige, der dieses System darstellt, wieder zu uns zurückkommt. Es ist unmöglich, daß man den Hofrat Schüller opfert, daß man den

Dechanten Prisching, Dr. Ahner und noch einige Beamte, die mitgegangen sind, wegschickt und dann den Hauptaktuer in Amt und Würden beläßt. Das ist eine unmögliche Sache und in diesem uns aufgezwungenen Kampf spielt die persönliche Rolle und die persönliche Note zum Landeshauptmann absolut eine untergeordnete Rolle. Es ist uns gleichgültig, ob er persönlich davon etwas gehabt hat oder nicht, ob man ihm nachweisen kann, daß er sich bereichert hat oder das Gegenteil. (Rufe: „Das ist der springende Punkt.“) Schließlich und endlich ist das so, wenn spekuliert wird und wenn es daneben geht, so hat man auch nichts, das sieht man bei Prisching. Prisching hat ein unbedecktes Konto bei der Steirerbank von 600 Millionen und Hofrat Schüller hat ein unbedecktes Konto von eineinhalb Milliarden und bei einem anderen Institute auch von einer halben Milliarde. Sie haben also auch nichts, aber deshalb wird niemand sagen, daß ihre Spekulation vielleicht keine Spekulation ist, sondern man muß auch das verurteilen. Es handelt sich bei uns nicht um die Person des Landeshauptmannes Dr. Rintelen, es handelt sich um das System. Dieses steht und fällt mit der Person des Landeshauptmannes und bevor er nicht die Stelle seines Schauplatzes verläßt, kann keine Gesundung dieser Verhältnisse im Lande eintreten. Es ist zu Tode traurig, wenn man sich vorstellt, zu was dieses System geführt hat, wenn man sich vorstellt, wie unter dieser Einflußnahme die Verhältnisse sich hier entwickelt haben. Prisching beispielsweise, ist doch ein alter Parlamentarier. Ich glaube, 15 Jahre war er im Abgeordnetenhaus als ein lebenslustiger, jovialer Mensch immer bekannt, mit dem man gut auskommen konnte, dem niemand gram sein konnte. (Wagner: „Sie haben ihn früher geschmäht!“ — Muchitsch: „Natürlich, weil er Aktien auf seinen Namen gekauft und weiter verkauft hat!“) Herr Kollege, ich wollte sagen, daß dem Herrn Landeshauptmann Prisching niemand von uns etwas Unehrenhaftes zugetraut hätte und er galt als ein integerer Charakter, als ein Mensch, der früher im Parlamente zwar eine nicht allzugroße Rolle gespielt hat, verschiedene, leichte Sachen mitgemacht hat, aber zu einer wirklich strafbaren Handlung nie seine Hand geboten hätte. Aber ich glaube, dieses Börsenspiel ist auf das System in Steiermark zurückzuführen. Prisching wäre niemals unter das Rad gekommen, wenn er nicht in diese verpestete, korrupte, verseuchte Luft gekommen wäre, die um die Person des Herrn Landeshauptmannes Dr. Rintelen ist. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Und meine sehr Verehrten, die Beamten! Wäre es damals einem Beamten eingefallen, Spekulationen zu treiben, Börsenspekulationen zu machen, wäre das möglich gewesen, wenn er einen anderen Vorgesetzten gehabt hätte? (Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Dr. Enger: „Das war doch ein patriotisches Werk.“

— Zwischenrufe Oberzaucher und Riemelmoser.) Herr Kollege Enge, ich rede nicht von jenen Beamten... (Dr. Enge: „Greifen Sie uns an, das vertragen wir, aber lassen Sie unsere Beamten in Ruhe!“ — Muchitsch: „Das sind ja Beamte des Landes, aber nicht Ihre Beamten, Herr Dr. Enge. Unsinn, Ihre Beamten! Hofrat Schüller, das ist Ihr Beamter!“) Ich rede nicht von jenen Beamten, die seinerzeit Steueag-Aktien angekauft haben zu einem höheren Kurse, als wie sie verkauft haben, diese Beamten meine ich nicht. Ich rede von jenen Beamten in unmittelbarer Umgebung des Herrn Landeshauptmannes, die bei der Steirerbank Spekulationen betrieben haben und dann sich das unbedeckte Konto auf Provisionskonto haben abschreiben lassen. (Dr. Enge: „Davon ist nichts bekannt. Das ist eine lügnerische Behauptung!“ — Zwischenruf: Landesrat Machold stellt Behauptungen auf, er soll sie auch beweisen!“) Das Protokoll über die Steirerbank wird bald erscheinen, Sie scheinen auch nichts zu wissen, wie die meisten Leute bei Ihnen nichts wissen. (Leichin: „Sie werden überascht sein!“ — Dr. Enge: „Dann werde ich Ordnung machen, Herr Kollege. Generalisieren Sie nicht!“ — Großer Lärm.) Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Dr. Enge, daß ich nicht generalisiere, daß ich nur von einigen Beamten in nächster Nähe des Herrn Landeshauptmannes Dr. Rintelen gesprochen habe, die ihm zur persönlichen Dienstleistung zugeteilt waren und mit ihm, dem Chef, dem Präsidenten der Steirerbank, bei der Bank spekuliert haben. Fragen Sie Herrn Landeshauptmann Dr. Rintelen, wenn Sie nichts wissen sollten. (Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Muchitsch: „Hat Hofrat Schüller vielleicht nicht spekuliert? War Hofrat Schüller nicht dem Prijsching ein Ablatus gewesen? Eineinhalb Milliarden ist er noch schuldig.“ — Wagner: „Was ist mit dem Grazer Sägewerk?“) Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß diese persönliche Note, ich habe das schon gesagt, ganz und gar keine Rolle spielt. Ich will glauben, daß Rintelen persönlich von allen diesen Sachen nichts hat, aber ich sage, daß er doch eine sehr schwere Schuld auf sich geladen hat, dadurch, daß er die Triebfeder eines solchen Systems ist. Er glaubt herauszukommen, aber ich glaube, er muß auch fühlen, er muß einsehen, daß er dafür Sühne leisten muß und wir werden deshalb nicht dulden, daß Dr. Rintelen wieder zurückkommt und in dieser unserer Auffassung finden wir uns nicht nur einig mit Tausenden von Menschen in Steiermark, nein, diese Auffassung teilt auch Ihre christlichsoziale Presse selber und wenn Sie Ihre eigene Presse nicht lesen, werde ich mir erlauben, Ihnen einiges aus dieser vorzutragen, dann werden Sie sehen, wie diese über Ihre Verhältnisse, über Ihren Landeshauptmann aburteilt. Sie kennen doch den Landeshauptmann Ender von Vorarlberg? (Dr. Rintelen: „Das ist nicht richtig, daß er

das geschrieben hat! — Großer Lärm. — Wallisch: „Schämen Sie sich!“) Urteilen Sie dann, wenn ich Ihnen das vorgelesen habe. Dr. Ender, der Landeshauptmann von Vorarlberg hat geschrieben: (Dr. Rintelen: „Wo steht das? Im „Arbeiterwille“?“ — Wagner: „Das hat der „Arbeiterwille“ behauptet!“) Nicht der „Arbeiterwille“. (Widerspruch. — Wallisch: „Das schmerzt!“) Das sind Wiener Blätter, nicht der „Arbeiterwille“, gewesen. Die haben gesagt (liest): „Die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses liefert allerhand Interessantes und es wurden allerlei Dinge aufgedeckt, die unsere schärfste Verurteilung verdienen. Wenn die Regierung mit Zustimmung des Parlamentes eine Sanierung durchführt, so mag es bedauerlich sein, daß öffentliche Gelder solchen Zwecken zugeführt werden müssen. Hauptsächlich in Steiermark stinkt es. Von dort her stinkt die Sache mit dem Genossenschaftsverbande, in dem christlichsoziale und landblinderliche Abgeordnete — das ist Präsident Schreckenthal — eine schlechte Rolle spielten, von dorthier stinkt die künstliche Kurs-treibung der Steueagaktien, von der man Politiker und Landesbeamte verdienen lassen und notleidende Institute sanieren wollte. Dort wohnt der Landeshauptmann, der sich ohne Not in Spekulationen versuchte und sich die Deckung eines größeren Verlustes von einer Bank schenken ließ.“

Die Steiermark ist krank. Der Name Prijsching war nie klangvoll, heute ist er besudelt. Dr. Uhrer wäre den Bundesgeschäften besser ferne geblieben (Riegler: „Das haben wir schon gelesen!“) und Dr. Rintelen's Interventions-tätigkeit war auch nicht erfreulich. Politische Gründungen im Bankwesen sind verfehlt und müssen im Wirtschaftsleben mit größter Vorsicht aufgefäht werden. Wir wollen den Besen bereitstellen und den Wascheimer. Unter den Augen Dr. Quegers wollen wir kehren und ausschwemmen, ohne Rücksicht auf Personen und Stand. Und dann sollen wieder Männer in die Regierung, die unser Stolz sind und die daher volles Vertrauen haben, auch wenn sie den Sozialdemokraten gar nicht passen werden.“

Und der christlichsoziale „Tiroler Anzeiger“, ein sehr angesehenes Blatt in Tirol, schreibt folgendes (liest)

„Der Berufspolitiker ist weder eine österreichische Spezialität noch das Monopol einer bestimmten Partei. Darin liegt aber alles eher als eine Entschuldigung für das Verhalten von Politikern, die sich zu einer christlichen Partei bekennen; denn ihre Weltanschauung, das Programm, das sie bei den Wahlen verkünden, muß ihnen ein Damm sein. Von ihnen erwartet man, daß sie widerstandsfähiger wären als die anderen Parteien, die sich von vorneherein als „moralfrei“ erklären. Gefährdung der Partei durch solche Skandale ist das kleinere Übel als die Herabwürdigung der Bedeutung des katholischen Gedankens für das öffentliche Leben, die mit den tief bedauerlichen Vorkommnissen verbunden ist. Das

katholische Volk hat ein Recht, Sühne zu verlangen. Man hat sein Vertrauen mißbraucht. Es genügt nicht, daß die unmittelbaren Schuldigen entfernt werden. Die Christlichsoziale Partei selbst wird irgendwie Garantien schaffen müssen, die sie befähigen, saubere politische Arbeit zu leisten. Die Schuldigen hätten sich nie so weit vergessen, wenn sie gewußt hätten, daß mit ihnen, auch wenn es nicht zu einem öffentlichen Skandal kommt, streng ins Gericht gehen wird. Hier glauben wir den Kern der Frage zu erkennen, durch welche die Miterantwortung der Parteinstanzen berührt wird. Man hat doch schon lange gemunkelt, daß nicht alles in Ordnung sei. Warum hat man nicht rechtzeitig eingegriffen? Wenn die Partei schon nicht imstande ist, die Auswahl geeigneter Mandatare zu bewirken, dazu wenigstens muß sie imstande sein, in den führenden Körperschaften der Partei tüchtige und unabhängige Männer mitreden zu lassen. Es ist unrecht, Tatsachen, die wie ein Bleigewicht das Wirken nicht nur einer Partei beschweren, sondern die die Stellung des gesamten österreichischen Katholizismus berühren, milder zu beurteilen, als sie es verdienen. Die Entschuldigung mit menschlicher Schwäche ist hier nicht am Platze. Sprechen wir es aus, es handelt sich um den schwersten Vertrauensbruch, wenn „Führer“ des Volkes, die diese Stelle erlangen, weil sie durch die Zugehörigkeit zu einem Programm versprechen, den katholischen Gedanken im öffentlichen Leben zur Geltung zu bringen, ihn mit Schande beladen. Die Bischöfe verurteilen das Börsenspiel und christlichsoziale Politiker stürzen sich auf diesen verbotenen Erwerb. (Rufe: „Hört!“) Und je mehr enthüllt wird, umso besser wenigstens lernt das Volk dann die Tiefe des Abgrundes kennen.“

Das spricht der christlichsoziale Anzeiger. (Wallisch: „Das sind Peitschenhiebe!“) Ich glaube, meine sehr Verehrten, nach diesem Urteil Ihrer eigenen Presse nicht mehr notwendig zu haben, allzuviel zu dieser Landeshauptmannwahl sagen zu müssen. Auf eines möchte ich Sie aber allen Ernstes noch aufmerksam machen. Das Untersuchungsergebnis über die Steirerbank liegt uns noch nicht ganz vor. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Bank von der Bodenkreditanstalt nicht übernommen werden wird. (Rintelen: „Dafür haben Sie schon gesorgt!“ — Riesel: „Daß Sie sich nicht schämen, eine solche Bemerkung zu machen!“) Sie werden ja, Herr Landeshauptmann, genau wissen als Rechtsgelehrter und Sachverständiger in Konkursen, was dann kommt. Sie werden wissen, daß die Verwaltungsorgane zur Verantwortung gezogen werden müssen und ich möchte nicht dem Landtag das Schauspiel hier geben oder ich möchte das Schauspiel verhindern, daß er heute einen Landeshauptmann wählt, gegen den der Staatsanwalt die Auslieferung in diesem Hause beantragen müßte. Aber ich sage Ihnen zum Schlusse: Das ist Ihre Sache, wenn die Christlichsoziale Landtagsfraktion trotz allem dem, was ich hier gesagt habe, auf ihrer unmöglichen Kandidatur weiter beharrt, wenn Sie nicht zur

Einsicht kommen, daß das eine unmögliche Sache ist oder wenn der Herr Landeshauptmann nicht selbst aus eigener Erkenntnis zur Auffassung kommt, daß nur sein Verzicht das Land vor den schwersten Erschütterungen bewahren kann. Dann, meine Damen und Herren, werden die Ereignisse hier und außerhalb des Landes ihren Lauf nehmen müssen. Ich kann Ihnen, namens meiner Partei erklären, daß Sie hier in diesem Hause mit den Abgeordneten, die hier sitzen, die Wahl des Herrn Professor Rintelen zum Landeshauptmann nicht vornehmen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Ungeheurer Lärm. Zwischenrufe.) Ich werde Ihnen gleich einen demokratischen Ausweg sagen. — Und daß wir jeden derartigen Versuch mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen werden und daß es für Sie, meine Herren von der Demokratie, wenn Sie weiter von allen guten Geistern verlassen bleiben sollten und nicht doch einen anderen Ausweg finden und wenn Sie auf Ihrem Willen beharren, daß es nur den einzigen richtigen Weg der Demokratie für Sie gibt: den Landtag auflösen und die Entscheidung darüber den Wählern vorzulegen und die Entscheidung der Wähler anzurufen. Nur wenn diese Entscheidung, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Gegenseite, zugunsten der Christlichsozialen Partei ausfallen sollte, nur wenn die christlichsoziale Partei als Siegerin aus diesem Kampfe herausgeht, dann haben Sie Aussicht, diese Ihre Absicht durchzusetzen; wenn nicht, dann werden Ihre Pläne an den Mauern der sozialdemokratischen Partei zerschellen. (Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Es gelangt nunmehr zum Worte Herr Minister Dr. Rintelen.

(Beifallklatschen bei den Christlichsozialen. — Widerspruch und ungeheurer Lärm von Seite der Sozialdemokraten. — Der Präsident gibt fortwährend das Glockenzeichen.)

Ich ersuche die Herren Abgeordneten, sich auf die Plätze zu begeben und die Herren Ordner, mich zu unterstützen.

(Leichin: „Lösen Sie den Landtag auf! Der Mann darf hier nicht reden, merken Sie sich das!“ — Fortgesetzter ungeheurer Tumult.)

Ich ersuche die Herren Abgeordneten, die parlamentarischen Formen zu beachten.

(Muchtich: „Heben Sie die Sitzung auf!“) Sie haben mir nichts zu befehlen.

(Wallisch: „Schließen!“ — Unausgesetzter Lärm.)

Ich unterbreche die Sitzung auf 15 Minuten.

(Die Sitzung wird um 6 Uhr 10 Minuten abends unterbrochen und vom Präsidenten Kölbl um 7 Uhr 30 Minuten abends wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich eröffne die Sitzung wieder und fahre in der Behandlung der Tagesordnung fort. Das Wort hat Herr Minister Dr. Rintelen.

Dr. Rintelen: Es sind erst einige Monate her, daß in diesem Hause auch Herr Landesrat Machold gegen mich aufgetreten und die schwersten Angriffe gegen mich vorgebracht hat (Wallisch: „Mit Recht!“) Sie brauchen sich doch nicht vor mich zu fürchten! (Zwischenrufe: „Gar keine Rede!“) Abgesehen davon, daß mir ein Lärm oder Zwischenrufe gar nicht imponieren können. (Zwischenrufe.) Jeder Lärm existiert für mich überhaupt nicht. Er hat damals die schwersten Angriffe gegen mich erhoben. Ich habe dann eine Untersuchung verlangt, die gegen mich zu führen ist in dieser Angelegenheit auf Grund dieser Anwürfe. Auf Grund dieser Untersuchung hat dann der Untersuchungsausschuß, nachdem auf Verlangen der Gegenseite über fünfzig Zeugen vernommen worden sind, nicht etwa so, wie es heute dargestellt wird . . . (Zwischenrufe Wallisch.) Ihr Lärm imponiert mir nicht! Im Untersuchungsausschuß ist ausdrücklich ausgesprochen worden, und zwar einstimmig, daß die unter Vorladung einer großen Anzahl von Zeugen geführte Untersuchung nicht ergeben hat (Beifall bei den Christlichsozialen), daß Landeshauptmann Dr. Rintelen persönlich oder steirische Regierungsbehörden . . .

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich muß die Galerie ernstlich ermahnen, sich in keiner Weise in die Verhandlungen einzumischen!

Dr. Rintelen (fortfahrend): Die mit einer großen Anzahl von Zeugen geführte Untersuchung hat nicht ergeben . . . (Zwischenrufe Oberzaucher) Auch Ihre Leute haben dafür gestimmt, auch Herr Landesrat Oberzaucher hat für dieses Urteil gestimmt. (Oberzaucher: „Die politische Verantwortung tragen Sie für diese Sache!“) Herr Landesrat Oberzaucher, entweder haben Sie damals gegen Ihre Überzeugung gestimmt oder Sie waren unfähig für etwas anderes zu stimmen. (Lebhafte Zwischenrufe des Abg. Wallisch. — Leichin: „Sie sind moralisch unfähig!“ — Großer Lärm. — Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.) Also meine Redefreiheit soll dadurch beschränkt sein, daß meine Rede nur nach dem Gefallen der Herren ausfällt. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Die unter Vorladung einer großen Anzahl von Zeugen geführte Untersuchung hat ergeben . . . (Zwischenrufe. — Leichin: „Ich bin ein anständiger Mensch, ich habe nicht Gelder unterschlagen. Herr Minister, Sie scheinen kein Schamgefühl mehr zu besitzen!“) Herr Leichin, Sie bilden sich vielleicht ein, daß Sie mir imponieren? (Beifall bei den Christlichsozialen. — Lebhaftige Gegenrufe bei den Sozialdemokraten.) Die durchgeführte Untersuchung hat nicht ergeben, (Zwischenruf Leichin) — Sie werden doch die Worte des Herrn Oberzaucher nicht ironisieren! —, daß der Herr Landes-

hauptmann Dr. Rintelen persönlich oder steirische Regierungsbehörden als solche an diesen strafbaren Handlungen teilgenommen oder ihnen Vorschub geleistet hätten. (Beifall bei den Christlichsozialen. — Gegenrufe bei den Sozialdemokraten. — Oberzaucher: „Die politische Verantwortung tragen doch Sie!“) Hier steht es, warum haben Sie das hier nicht gesagt? Sie wollen etwas jetzt wegweisen aus Demagogie, (Wallisch: „Von Demagogie wollen Sie reden. Schämen Sie sich!“ — Riemer: „Sie Kommunistenhäuptling, schämen Sie sich!“) was damals für Sie korrekt war. (Zwischenrufe Oberzaucher, Peintinger. — Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich erlaube die Herren Abgeordneten, sich auf ihre Plätze zu begeben.

Dr. Rintelen (fortfahrend): Ich stelle also fest, daß das Verfahren nicht, wie es Herr Landesrat Machold darzustellen beliebt hat, wegen Mangel an Beweisen zu diesem Ergebnis geführt hat, sondern daß einstimmig, und zwar mit dem Urteil der sozialdemokratischen Mitglieder dieses Ausschusses damals ausgesprochen worden ist, daß ich in keinerlei Weise in dieser Angelegenheit auch nur irgendwie belastet bin (Beifall bei den Christlichsozialen) und deshalb alle Vorwürfe, die damals gegen mich erhoben wurden, Verleumdungen waren. (Wallisch: „Was macht der Herr hier unter den Abgeordneten? Er hat hier nichts zu suchen!“ — Dr. Enge: „Das ist der offizielle Pressedienst!“ — Lebhaftige Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte die Herren Ordner, Sorge zu tragen, daß die Herren Abgeordneten sich auf ihre Plätze begeben. (Gföller: „Und die Beamten sollen dorthin gehen, wohin sie gehören!“)

Dr. Rintelen (fortfahrend): Der „Arbeiterwille“, der diese Heße gegen mich inszeniert hat, hat am Schlusse ganz zynisch gesagt, wir haben damals für die Behauptungen gegen Landeshauptmann Rintelen eigentlich keine Beweise gehabt, haben aber diese Behauptungen aufgestellt und so sind alle Ihre Angriffe gegen mich, seitdem ich Landeshauptmann in diesem Lande bin, fortwährend von Haß, von Verleumdungen und von Lüge durchdrungen. Warum? Weil ich in diesem Lande nicht so regiert habe, wie Sie wollen, weil ich in diesem Lande eingetreten bin für Ruhe und Ordnung und weil ich, wenn Sie sich mir gegenübergestellt haben, mich auf das Gesetz gestellt habe. Und wenn irgend jemand einen Zweifel darüber haben könnte, daß es nicht Sachlichkeit ist (Zwischenrufe — Lärm), wenn irgend jemand einen Beweis dafür haben wollte, daß es nicht Sachlichkeit ist, daß es nicht Liebe zum Volke ist, sondern blinder Haß, der braucht sich nur dieses Bild hier anzuschauen, dieses haßerfüllte Bild . . . (Lebhafte Zwischenrufe. — Großer Lärm.) Warum be-

schränken Sie sich nicht darauf, mir sachlich zu erwidern? (Zwischenrufe.) Das ist doch nicht Sachlichkeit, das ist doch nicht das Streben nach Wahrheit. Das Streben nach Wahrheit besteht darin, daß man den Angegriffenen anhört. (Leichin: „Ist das Wahrheit, was Sie sagen?“) Fürchten Sie sich doch nicht so vor mir, lassen Sie mich doch reden! (Beifall bei den Christlichsozialen.) Warum lassen Sie mich nicht reden? Haben Sie eine solche Angst? (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Ich habe den Eindruck, daß große Indiskretionen vorgekommen sind, daß Sie in Erfahrung gebracht haben, was ich jetzt gegen Sie vorbringe und daß Sie es jetzt unter allen Umständen verhindern wollen. Herr Landesrat Machold hat angefangen mit der Steirerbank und hat behauptet, sie sei eine Boselbank gewesen, die Steirerbank hat die Filiale der Unionbank zu einer Zeit übernommen, wo die Aktienmajorität noch nicht in Händen des Bankhauses Bosel war. Daher ist diese Behauptung, daß uns eine Art Gesinnungswidrigkeit vorgeworfen wird, aus diesem Grunde unrichtig. Eine bedauerliche Rolle hat Landesrat Machold eingenommen, wie er dann gesagt hat, (Wallisch: „Das ist eine Gemeinheit!“) daß Castiglioni in die Bank eingetreten sei. Ich habe dann gefragt, wer ist der Vertreter und er mußte, auf einer klaren Unwahrheit ertrappt, schweigen. (Machold: „Warum haben Sie das nicht berichtet im Parlament, wie das gesagt wurde?“) Das ist in meiner Abwesenheit gesagt worden. Was ich berichtige und wie ich es berichtige, das entscheide ich nach meinem Urteil. Ich finde es unter meiner Würde, auf eine Behauptung, die Sie aufgestellt haben und von der Sie zugeben mußten, daß sie nicht wahr ist, zu antworten. Ich stelle fest, daß Sie eine Behauptung aufgestellt haben, von der Sie sofort zugeben mußten, daß Sie nicht wahr ist. Dann haben Sie gesagt, daß ich nach Wien gegangen sei, wegen der Zentralbank: Eine neuerliche Unwahrheit. Meine Berufung nach Wien, ihre Geschichte ist Ihnen zu bekannt, als daß Sie diese Behauptung, die Sie heute im demagogischen Getriebe hier aufgestellt haben, selbst glauben könnten. (Widerspruch, großer Lärm). Meine Parteigenossen wissen genau die Umstände, unter denen ich nach Wien berufen worden bin, die Umstände, unter denen sich das vollzogen hat und wenn Sie glauben, daß es kein edleres Motiv gibt, als das Motiv der Parteipflicht, so bedauere ich, daß Sie zu keiner höheren Auffassung gekommen sind.

Dann komme ich zum Zusammenbruch... Großer Lärm.) Glauben Sie, daß mir Ihr Schreien imponiert, da kennen Sie mich doch schlecht. (Gföller: „Ein Schieber würde Ihnen imponieren!“ — Wallisch: „Daß ein solcher Mann hier noch redet, das ist eine beleidigende Tatsache!“) Herr Abgeordneter Gföller, wenn ich auf Ihre Beschimpfungen nicht antworte, so geschieht es nur deshalb, weil ich es unter meiner Würde finde, Ihnen überhaupt zu antworten. (Ungeheurer Lärm. — Wallisch: „Herr Präsident, rufen Sie ihn zur Ordnung! Wenn

das nicht zurückgenommen wird, wird hier nicht weiterverhandelt!“ — Dr. Engle: „Bleiben Sie in Ungarn!“ — Gföller: „Er will sich wieder verschanzen hinter dem Landeshauptmannmandat!“) Dann komme ich zum Zusammenbruche der Zentralbank. Was diesen anbelangt, so sind in der Öffentlichkeit die Gründe zu diesem Zusammenbruche und die Ursachen zu demselben eigentlich gar nicht so allgemein erkannt worden. Die Zentralbank hat bis zum 30. Juli weiter existieren können. Sie war am Schlusse gewiß in gewissen Schwierigkeiten. (Zwischenruf: „Kienböck hat erklärt, 1924 war sie schon faul!“) Diese Auffassung hat damals niemand sonst geteilt und die Zentralbank hat bis zum Schlusse Ende Juni ihre Wechsel bei der Nationalbank prompt eingelöst. (Leichin: „Dann muß der Kienböck gelogen haben oder Sie lügen!“). Und nun erschien am 30. Juni nachmittags plötzlich ein Artikel im „Abend“, in dem verkündet wurde: „Der Zusammenbruch der Zentralbank“. (Rufe: Schwindel!). Und am nächsten Tage ebenso. Jede anständige Zeitung hätte es unterlassen, hier Unruhe zu stiften und damit den Ruin weiter Kreise und insbesondere so mancher Beamter herbeizuführen. Und wer ist denn dieser „Abend“? Die Rolle des „Abend“ ist jetzt entlarvt worden dadurch, daß der frühere Chefredakteur des „Abend“ Weiß im „Tribunal“ erklärt hat, (Widerspruch der Sozialdemokraten) daß im Jahre 1923 ein Vertrag mit der sozialdemokratischen Partei bestanden hat, wonach die sozialdemokratische Partei den „Abend“ als ihr offizielles Organ behandelt hat. (Leichin: „Sie und der Weiß!“) Das ist der wundte Punkt und diese Artikel des „Abend“ sind offenbar von der sozialdemokratischen Partei inspiriert und veranlaßt worden. (Wallisch: „Das ist eine Lüge!“). Damals war das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zum „Abend“ noch nicht entlarvt, sonst hätte sich die sozialdemokratische Partei damals des „Abend“ nicht bedient. Abends ist ein Ministerrat zusammengetreten, nachdem nunmehr durch Verschulden dieses Parteiorganes dieser Zusammenbruch und die Vernichtung so vieler Existenzen herbeigeführt war, um noch zu retten, was noch zu retten ist. Wir haben das einzig richtige getan, was in solchen Fällen vom sachlichen Standpunkte zu tun ist und haben den ersten, objektiven Fachmann des österreichischen Finanz- und Wirtschaftslebens, den Präsidenten der Nationalbank, Reisch, um ein Gutachten gebeten und dieses Gutachten ist dahin gegangen, daß wir helfen müssen und wir haben geholfen, weil Reisch es verlangt hat (Wallisch: „Gestohlen!“) und weil sonst eine Gefahr für die österreichische Krone und den Schilling eingetreten wäre. (Leichin: „Das ist ein Unsinn!“) Alle Organe des Wirtschaftslebens, die halbwegs etwas verstehen, sehen das heute ein und die „Arbeiterzeitung“, welche am nächsten Morgen noch glaubte, den Alibiweis gegenüber dem Treiben des „Abends“ führen zu können, hat am nächsten Morgen das Vorgehen der Regierung und ihre Intervention belobt, (Reimer: „Ist das auch erlogen?“)

und erst später hat sich die „Arbeiterzeitung“ besonnen, daß hier eine Gelegenheit ist, auf Kosten der Wirtschaft und der Tausende von Bankangestellten eine müßige Demagogie zu treiben. (Wallaich: „Sie sind der Demagoge. Wir wollen ja den Landtag auflösen!“). Reisch sagt . . . (Unruhe.) Darf ich vielleicht in Ruhe die Äußerungen Reisch verlesen — bei seiner Einvernehmung vor dem Untersuchungsausschusse (liest): „Eine moderne Bank, ist ein so kompliziertes und weitverzweigtes Unternehmen“ (großer Lärm). Herr Leichin, ich bitte zu entschuldigen, aber Sie werden es begreiflich finden, daß ich mich eher an Reisch, als an Sie, um ein Gutachten wende. (Widerpruch der Sozialdemokraten.) Ich bedauere, die Taktik, die hier eingeschlagen wird, ist mir nicht recht klar, einige Schreier suchen mich nur zu stören, das ist mir ganz klar. Also Reisch sagt (liest): „Eine moderne Bank, ist ein so kompliziertes und weitverzweigtes Unternehmen, daß aus ihrem plötzlichen Ausscheiden aus dem Verkehr oder aus der Nötigung zu überstürzter Liquidation.“ (Ruschak: „Warum ist damals das Parlament nicht gefragt worden?“) Weil damals die Herren Ihrer Partei erklärt haben, daß Sie überhaupt bei keiner Regierungstätigkeit sich beteiligen. (Gatz: „Wen hat man beim Arsenal und bei Wöllersdorf gefragt?“ — Großer Lärm. Zwischenruf Oberzaucher) (liest): „Eine moderne Bank ist ein so kompliziertes und weitverzweigtes Unternehmen“ — sagt Reisch — (liest): „daß aus ihrem plötzlichen Ausscheiden aus dem Verkehr oder aus der Nötigung zu überstürzter Liquidation immer noch ganz unverhältnismäßig größere Verluste erwachsen, als bereits im Betriebe selbst erlitten wurden. Das eigentliche Objekt der Rettungsaktion sind ja die Opfer des ins Wanken gekommenen Unternehmens und diese Opfer sind eben die „Kleinen“. Ich habe darauf hingewiesen, daß auch im Auslande dieser Standpunkt schon mehrfach anerkannt und befolgt worden ist, weil die Erkenntnis zum Durchbruch gelangt ist, daß die nationale Volkswirtschaft bei dem Anbruch einer Krise nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden dürfe“. . . (Oberzaucher: „Nicht Dr. Mintelen überlassen werden dürfe!“) Es kommt heute auch noch etwas für Sie, Herr Oberzaucher, etwas sehr Interessantes, wenn Sie mich ausreden lassen, etwas Interessantes werde ich nachweisen, wie Sie dem Lande das Geld aus dem Sacke zu nehmen versucht haben. Lassen Sie mich ausreden, dann kommen Sie daran. Wahrscheinlich haben Sie schon gehört, daß ich mir den Akt haben geben lassen und deshalb sind Sie so nervös und wollen mich am Reden hindern (Großer Lärm. — Peintinger: „Wir haben Machold auch reden lassen“) (liest): . . . „weil Krisen die Eigenschaft haben, lawinenartig anzuschwellen und auch Kerngesund mit sich fortzureißen, wenn ihrer Entwicklung nicht rechtzeitig vorgebeugt wird.“

Das ist der Grund, warum Reisch damals das Eintreten für die Zentralbank verlangt hat und es

ist lächerlich, zu sagen, daß Milliarden draufgegangen sind deshalb, weil bekanntlich ein Vermögen bei der Zentralbank da ist, aus dem ein großer Teil dieser Beträge zurückfließen wird. Aber das Treiben . . . (Zwischenruf Leichin. Unruhe.) Sie könnten froh sein, Herr Leichin, wenn Sie jene große Verantwortung in sich fühlen würden, von der Reisch getragen ist. Er ist ein Mann von internationalen Ansehen, der durch ein solches Beklaffe nicht getroffen wird. (Leichin: „Er ist ja Ihr Mitschuldiger!“) Reisch ist ein Mann von internationalem Ansehen, der durch Ihre Rede nicht berührt und nicht im mindestens getroffen werden könnte. (Leichin: „Das ist öffentlich festgestellt worden!“) Reisch hat sich dahin ausgesprochen, bezüglich der fünf Milliarden, daß sie nicht geschenkt worden sind, sondern im Wege einer Anleihe kreditiert worden sind, wie Breitner Hunderte von Milliarden der niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft kreditiert. Er hat gesagt, (liest): „Es war klar, daß angesichts der Identität zwischen Steirerbank und Zentralbank ein Versagen der Steirerbank in Graz rückgewirkt hätte auf die Filiale der Zentralbank in Graz und dort einen Ruin ausgelöst hätte.“

Daraus ist klar zu entnehmen, daß diese Maßnahme notwendig war, denn sonst wäre die ganze Aktion für die Zentralbank aus diesem Grunde ins Wasser gefallen. (Leichin: „Die Steirerbank ist ein Parteiunternehmen, deshalb durfte man diesem nicht mit öffentlichen Geldern beispringen!“ — Zwischenruf von christlichsozialer Seite: „Sie verstehen das halt nicht besser!“ — Leichin: „Sie waren eben bestrebt, Ihr Verbrechen auf diesem Wege zu decken!“) Ich bemerke, daß mir etwas aus der Rede des Herrn Landesrates Machold aufgefallen ist. Ich habe früher ausgeführt, daß das Treiben des „Abend“ die Ursache des Zusammenbruchs der Zentralbank und Hunderte von Existenzen der Zentralbank gewesen ist. Er hat darauf hingewiesen, es wird auch möglich sein, die Rettung der Steirerbank zu verhindern, das hat er betont und auch gesagt, warum ihm dies erwünscht wäre. Er glaubt, daß dadurch andere gegenpolitische Kreise Unannehmlichkeiten haben. Jetzt verstehe ich auch, warum von gewisser sozialdemokratischer Seite dieser Aktion, die für die Steirerbank eingeleitet ist, solche Schwierigkeiten bereitet wurden. (Leichin: „Sie haben bloß Angst vor Ihrem Schwindel und wissen, daß von Ihrer Partei auch so mancher drinsitzt!“) Die Behauptungen, die aufgestellt worden sind und wegen eines Zusammenhanges der Bodenkreditanstalt mit der Steuergaaktion sind vollständig aus der Luft gegriffen und ich bedauere dieses Maß von Unwahrheit. Die Bodenkreditanstalt ist ein anständiges Unternehmen und wie kann man dem derartiges zumuten. (Zwischenruf: „Das ist eine Niederträchtigkeit!“) Es ist auch niederträchtig und wie der Mensch ist, so denkt er von andern. (Großer Lärm. — Beifall bei den Christlichsozialen.)

Sie sagen, ich sei für alles das verantwortlich, was beim Lande geschehen ist, geschehen ist bei

der Steirerbank, obwohl Sie wissen, daß ich als Präsident lediglich den Verwaltungsratsitzungen vorzusitzen hatte und andere Herren geschäftsführende Verwaltungsräte waren. Aber ich frage Sie etwas anderes. Bei der Gemeinde Graz ist das Sägewerk zusammengebrochen. Wenn heute ich für alles das verantwortlich bin, wären doch auch Stadtrat *Ausobsky* und Bürgermeister *Muchitsch* für alles das verantwortlich. (Großer Lärm.)

Wie hat man es beim Sägewerk gemacht? Man hat den Direktor *Angel* auf die Anklagebank gesetzt und als Vorsitzender des Gerichtes hat Bürgermeister *Muchitsch* fungiert. (Beifall bei den Christlichsozialen. — Großer Lärm. — *Wallisch*: „Das ist gemeine Demagogie!“ — Zwischenruf: „Das ist Korruption!“) Und so ist es gelungen, das ganze Verschulden auf den armen Herrn *Angel* abzuwälzen, obwohl die Untersuchung ergeben hat . . . (*Regner*: „Behaupten Sie doch nicht Dinge, die Sie nicht wissen!“) Sie kommen auch noch dran, Herr *Regner*, im Laufe der Debatte. Und dann, meine Herren, am Schlusse ist auf Initiative eines Vertreters der großdeutschen Partei, nachdem sich herausgestellt hat, daß *Angel* eine Reihe von Sanierungsversuchen gemacht hat, die von seinen Vorgesetzten verhindert worden waren, ist auf Initiative eines Vertreters einer bürgerlichen Partei, ich glaube der Großdeutschen, der Antrag gestellt worden, in der Angelegenheit einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Das war im April vorigen Jahres. Während alle Untersuchungsausschüsse, die eingesetzt werden gegen meine Parteigenossen, auf unser Verlangen sofort zusammentreten und selbst dort, wo es verzögert wird, verlangen wir es, und meine Parteigenossen sofort die Konsequenz ziehen, ist dieser Untersuchungsausschuß bis heute noch nicht zusammengetreten. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses bringt ihn nicht zusammen, einmal heißt es: „Die Disziplinaruntersuchung gegen *Angel* muß beendet werden“, jetzt war wieder ein Prozeß in der Sache, kurzum, es ist immer ein neuer Grund vorhanden. (*Muchitsch*: „Pertassek ist doch der Obmann!“) Er bringt den Ausschuß nicht zusammen, weil immer andere Ausreden da sind. Das läuft nun seit April vorigen Jahres und was ist in der Sache geschehen? Herr *Ausobsky* wurde einfach von diesem Referate der Ernährung hinüberversetzt in das Jugendreferat. (*Leichin*: „Sie wollen weiterbleiben!“) Und dann weiter. (Zwischenruf: „Regen Sie sich nicht so auf, Herr *Leichin*, es könnte Sie sonst der Schlag treffen!“ — *Muchitsch*: „Stadtrat *Ausobsky* hat vollkommen reine Hände, Herr Minister!“) Nach Ihrer Meinung. Ich stelle fest, er kann reine Hände haben oder nicht, aber diese Schuldfrage muß geprüft werden; und wenn er reine Hände hat, soll er die Einberufung des Untersuchungsausschusses veranlassen. Ich habe mich dazu veranlaßt gefühlt, wie der Untersuchungsausschuß in der Weizelsdorfer Affäre war, ich war da

derjenige, der am meisten betrieben hat. (Lärm. — *Leichin*: „Die Steirerbank-Untersuchung wollten Sie aber verhindern!“) Was die Wurstfabrik anbelangt, so stelle ich nur fest, daß es *Abg. Ferner* hier in diesem hohen Hause ohne wesentlichen Widerspruch festgestellt hat, daß diese Fabrik so teuer gearbeitet hat, daß alle Selcher von Graz gewünscht haben, daß sie lange erhalten bleibe, weil sie es ermöglicht hat, hohe Preise gegenüber den Konsumenten zu erzielen. (Lärm.) Und nun, meine Herren, wer war denn Vorstand des Arsenal's? Jetzt werde ich ungemütlich. (Lärm. — *Gaß*: „Arsenal, Wöllersdorf, Ellenbogen!“) Wenn ich für alles verantwortlich bin, was bis zum untersten Beamten hier geschieht, dann haben *Ellenbogen* und *Baurat Ried* dasselbe Maß von Verantwortung zu tragen für alle die Verbrechen, die im Arsenal geschehen sind, wo Hunderte von Milliarden von Volksvermögen verschleudert wurden. Dafür haften Herr *Ellenbogen* und Herr *Baurat Ried*.

Und jetzt, meine verehrten Anwesenden, kommen wir zu einem Kapitel, das Sie sehr interessieren wird, zum Kapitel: Politik und Geschäft. Fragen wir einmal an: Wo ist die Politik das erstemal mit dem Geschäft verbunden worden? Das war, als es sich darum handelte, eine Reihe sozialdemokratischer Parteiführer und Häuptlinge bei Genossenschaften zu versorgen. (*Gföller*: „Auf Landeskosten oder auf Bundeskosten?“) Auf Kosten der armen Arbeiter. (*Oberzaucher*: „Das ist eine Gemeinheit, wenn Sie das sagen! Sie sind ein ganz gewöhnlicher Lump, wenn Sie das sagen!“) Die Arbeiter sind nach ihrer Organisation gezwungen . . . (Christlichsoziale Zwischenrufe. — *Leichin*: „Herr Präsident, Ihr Parteigenosse hat erklärt, die Parteiführer haben den Genossenschaften das Geld gestohlen. Er muß das zurücknehmen!“) Ich bemerke ausdrücklich, daß ich nicht gesagt habe, daß die Parteiführer das Geld gestohlen hätten. So gemeine Beschimpfungen bringe ich gar nicht vor. Sie haben es ja auch gar nicht notwendig, das Geld zu stehlen, weil ihnen ohnehin genug hohe Gehalte zufließen. Die Arbeiter werden genötigt, einzukaufen bei den Genossenschaften, gleichgültig wie die Qualität der Ware ist, damit nicht der anständige Kaufmann, der die Ware besser liefern könnte, damit konkurrieren kann. (Lebhafte Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Es ist eine Verhandlung nicht möglich, wenn alle durcheinanderreden. Ich ersuche daher die Abgeordneten, sich auf ihre Plätze zu begeben.

Dr. Rintelen (fortsetzend): Auf diese Weise . . . (*Stameß*: „Wann hat eine Arbeitergenossenschaft eine Subvention bekommen?“) Ich habe ja nur festgestellt, daß die Konsumvereine die älteste Parteieinrichtung waren, von der haben die anderen Parteien dann lernen müssen, weil die Bevölkerung gesagt hat, wenn der Konsumverein bei den Sozialdemokraten ist, so muß auch für die anderen etwas geschehen, und weil Sie sprechen von

der Vermengung von Politik und Geschäft, so werden Sie es begreiflich finden, daß ich das Bedürfnis habe, dieses Kapitel in seiner Behandlung etwas zu vervollständigen und vervollständigt kann es nur werden ... (Wallisch: „Reden wir von etwas anderem!“) Ihrem Ersuchen, von etwas anderem zu sprechen, komme ich nicht nach, weil ich zuerst diese Sache erschöpfend behandeln will. Tatsache ist, daß diese Konsumvereine nur existieren können durch den Zwang, der auf die Leute ausgeübt wird, die Waren dort abzunehmen, und wenn sie ihre Raten nicht zahlen können, so haben dadurch, daß eventuell auf die Betriebskosten gegriffen wird, die Konsumvereine die Möglichkeit, sich schadlos zu halten. Sie haben den Vorteil, daß sie die Versicherungsprämien nicht einkalkulieren müssen, die ein gewöhnlicher Kaufmann bei Ratengeschäften auf das Konto Verlust rechnen muß. Meine sehr verehrten Anwesenden! Wie sehr die Profitgier bei den Konsumvereinen entwickelt ist, haben wir aus der großen Steuerhinterziehung, die neulich in Innsbruck entdeckt worden ist, gesehen (Widerspruch bei den Sozialdemokraten!) und das Bedauerliche ist, daß auch die ÖÖ. daran beteiligt ist. Diese ist das Zentralinstitut der Konsumvereine und wenn diese dem Innsbrucker Konsumverein gefälschte Fakturen ausstellt zum Zwecke der Bilanzfälschung ... (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Wallisch: „Ist ja schon berichtet worden!“) Ich erkläre Ihnen folgendes: Ich bin bereit, außerhalb dieses Hauses und unter Verzicht auf meine Immunität die Behauptung aufzustellen, daß diese Nachricht von der Bilanz- und Fakturenfälschung wahr ist, damit Sie mich klagen können, und ich will Ihnen das beweisen, denn ich weiß es sicher. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.) Dann werde ich auch einige von Ihren Parteileuten gerichtlich einvernehmen lassen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sind das keine Staatsgelder, noch dazu solche, die im Wege des Betruges der Bilanzfälschung erworben worden sind? Und diese Behauptung ist bereits vor einigen Wochen aufgestellt worden. Es ist auch sehr bezeichnend, daß Dr. K e n n e r in seiner Berichtigung sagt: „Ich war nicht dabei.“ (Heiterkeit bei den Christlichsozialen.) Er bestreitet es, ganz allgemein gesagt, man könne sich jetzt nicht informieren, wenn er sagt, er war nicht dabei. So tritt man nicht für ein Unternehmen ein, von dem man überzeugt ist, daß es recht ist. Sie sehen, wie flott verdient wird bei den Genossenschaften, wie viele leben davon und beziehen schöne Gehalte, mit denen sie ein vergnügtes Leben führen und der Arbeiter muß es bezahlen, weil die Ware ihm dadurch teurer kommt. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Schauen Sie, nehmen wir noch etwas anderes. Warum sind die Beiträge, die den Arbeitern abgezogen werden, bei der Versicherung so hoch? Weil bei den Versicherungsgesellschaften eine Menge Politiker sitzen, die dort ihre Bezüge haben, die aber dort nicht arbeiten, so daß ein anderer an ihrer Stelle aufgenommen werden muß. Darunter leidet der Arbeiter, dem soviel abgezogen wird und dem

es ohnehin nicht gut geht; darunter leidet auch die ganze Wirtschaft, wir sind deshalb nicht konkurrenzfähig und das ist der Grund der Arbeitslosigkeit (Rufe: So ist es! — Widerspruch bei den Sozialdemokraten), so daß durch das Treiben Ihrer Verdienner die Wirtschaft der Arbeiter doppelt geschädigt wird, einerseits durch die Abzüge für die Beiträge, andererseits durch die Arbeitslosigkeit. Dem Arbeiter werden abgezogen die Beiträge für die Versicherung, die Beiträge für die Gewerkschaften, für den Betriebsrat (Widerspruch bei den Sozialdemokraten) und dann noch für die Arbeiterkammer, die sich ein prächtiges Palais auf Kosten der Arbeiter errichtet hat. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Schauen Sie, meine sehr verehrten Anwesenden tun wir einmal unser Gewissen erforschen. Sie haben einen großen Kampf eingeleitet gegen den Hausbesitz. Wenn ein Hausbesitzer, der sein Leben lang gearbeitet hat, den Lohn seiner Arbeit zusammengespart hat, um am Abend seines Lebens von seinem Haus existieren zu können, und wenn er auch nur 1000 Schilling im Jahr einnimmt für seine Mühe, die er mit seinem Hause hat, so sagen Sie, das ist ein arbeitsloses Einkommen, der Mann darf nichts bekommen, obwohl er vielleicht mehr geleistet hat, als Sie Herr Leichin. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Wallisch: „Sie wissen nicht, was arbeiten heißt!“ — Gaß: „Sie ausgerechnet haben es erfunden!“ — Wallisch: „Gehen Sie zu den Viechern!“ — Gaß: „Ich rede ohnehin mit Ihnen!“ — Heiterkeit.) Aber wenn einer Ihrer Führer bei einem Konsumverein oder bei einer Versicherung im Jahre vielleicht ein paar 100 Millionen einnimmt, so darf er das, denn das ist ein Arbeitseinkommen. (Großer Lärm. — Lebhafter Zwischenruf zwischen Leichin und Riemelmoser. — Leichin: „Sie haben Ihr Konto abschreiben lassen mit mehr als 100 Millionen Kronen!“ — Riemelmoser: „Das ist eine Lüge!“) Bleiben wir doch beim arbeitslosen Einkommen. Ich wiederhole, ich bin nicht dafür, daß man den Mieterschutz ganz aufhebt, aber soll man nicht eine gerechte Regelung durchführen? Ist es gerecht, wenn man einem armen Teufel, der sein Leben lang gearbeitet und sich ein kleines Haus erspart hat, um am Schlusse seines Lebens ein kleines Einkommen aus dem Hause zu haben, dieses verweigert, und Sie eine große Summe von Einkommen haben und es den Arbeitern gegenüber verschleiern und sagen, das ist ein Arbeitseinkommen? (Zwischenrufe.) Das ist nicht gerecht, auf diese Weise ist ein Hausbesitzer, der sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, ein Kleinrentner!

Jetzt komme ich auf etwas anderes. (Zwischenruf: „Remschmidt!“) Nein! Da müßte ich zuerst den Fall S p o r k anführen, der unter M u c h i t s c h veruntreut hat. (Zwischenruf: „Der sitzt!“) Der R e m s c h m i d t sitzt auch! Was nun die Arbeiterbank anbelangt, Profit und Verdienst anbelangt, so gehört unter die Gruppe auch die Arbeiterbank. (Zwischenruf: „Von der Steirerbank haben Sie noch nicht gesprochen!“) Von der Steirerbank haben ja

Sie schon gesprochen, jetzt erlauben Sie mir, von der Arbeiterbank zu reden. Als der allgemeine Ruf im Nationalrate nach Schaffung eines Inkompatibilitätsgesetzes erging, wurde ein Gesetzentwurf von meinen Parteigenossen verfaßt und vertreten, und wurde das Gesetz auch angenommen. Alle bürgerlichen Vertreter haben ihre Stellen niedergelegt, nicht aber die sozialdemokratischen Angehörigen der Arbeiterbank, und zwar bis heute noch nicht (Rufe: „Hört!“) und diese Persönlichkeiten haben dies damit entschuldigt, daß sie ein gemeinnütziges Interesse vertreten. Wenn man näher zuschaut, hat die Arbeiterbank von den Arbeitergeldern, die bei ihr erliegen, bei der Firma Rütgers einige Milliarden verloren. Das war ein Kredit und Arbeitergeld war es, was dort verloren worden ist. Dieser Kredit an Rütgers war genau nach den großkapitalistischen Grundätzen gegeben und auch die Bedingungen so figiert. Sie sprechen immer von gemeinnützigen Unternehmungen und die müsse man besonders günstig behandeln.

Und jetzt komme ich auf den Grundstein. Dieser ist ein Unternehmen, das sich gemeinnützig nennt. Die Sozialdemokraten haben nun, um bessere Konkurrenz machen zu können gegenüber den anderen Privatunternehmungen, wegen eines Streiks die Bedingung und die Vorschrift aufgestellt, daß bei gemeinnützigen Unternehmungen nicht gestreikt werden darf. Neulich war nun bei diesem Grundstein, dessen Chef der Nationalrat Hartmann ist (Zwischenruf: „Ein Selbstversorger!“), ein Konflikt mit den Arbeitern, und die Arbeiter sind von diesem sozialdemokratischen Unternehmen glatt ausgesperrt worden, damit mehr verdient wird. (Gföller: „Reden Sie lieber vom Lande!“) Und jetzt komme ich auf das Land. Neulich war eine Bauvergebung im Lande, der Referent, Herr Landesrat Machold, war abwesend und da hat das Referat Herr Landesrat Oberzaucher geführt. Da war Grundstein auch mit ein Bewerber, dieses gemeinnwirtschaftliche Unternehmen, dessen Vorstand Herr (Nationalrat Hartmann ist. (Oberzaucher: „Und das seine Arbeiter so gut bezahlt!“) Bei dieser Bewerbung war der Grundstein eine der teuersten Firmen, die ein Anbot gemacht haben. (Oberzaucher: „Eine Lüge!“) Ich werde es vorlesen. Auf das hin hat später der Grundstein, wahrscheinlich, weil er erfahren hat, daß er einer der Teuersten ist, sein Offert etwas ermäßigt, aber es war dann noch immer das dritteurste. Deswegen wurde nun von den Beamten der diesbezügliche Antrag gestellt, nicht der Firma Grundstein die Arbeit zu geben, sondern dem Baumeister Strohmayr. (Zwischenruf Oberzaucher.) Das steht ja ausdrücklich auf dem Akte, nachdem der Beamte gesagt hat, im Interesse des Landes wäre es, wenn Strohmayr die Arbeit bekommt. (Oberzaucher: „Nachdem Ihre Partei den Strohmayr mehr begünstigt.“) Ich muß feststellen, daß der Landesrat Oberzaucher es als sträflich bezeichnet, wenn man für den Billigsten eintritt. (Zwischenruf Oberzaucher.) Ich bitte herzugehen, Herr Landesrat,

hier ist ja Ihre Unterschrift, und da steht es, die Ausführung wird der Firma Grundstein gegen den Antrag des Referenten um den durchgerechneten Betrag von S 72 550,— übertragen. (Zwischenruf Machold.) Als Grund dafür, daß die Ausführung dieser Firma bekommen soll, die ungefähr um 1000 Schilling teurer ist, wird gesagt, diese Firma gewährleistet durch ihre bisherige Arbeit die beste und solideste Ausführung. Und das sagt Herr Landesrat Oberzaucher, der nicht die geringste Fachkenntnis hat. (Zwischenruf Oberzaucher.) Sie können nicht sagen, daß der Strohmayr nicht tüchtig wäre. (Oberzaucher: „Strohmayr ist ein Christlichsozialer, dem Sie es zuschancen wollten!“) Nein, weil er der Billigere war. Nun bemerke ich, daß es nicht dabei geblieben ist, weil wir noch pflichttreue Beamte haben (Pfortner: „Zu denen der Rintelen nicht gehört!“), es hat das Landesbauamt eine Vorstellung gemacht, in welcher es gesagt hat (liest):

„Mit Landesregierungsanzahl 4—182, Gk. 41/5/1926, wurde die Durchführung des Ausbaues der zahnärztlichen Klinik im Landeskrankenhaus in Graz, an die steiermärkische Baugesellschaft „Grundstein“ mit dem Bemerken übertragen, daß diese Unternehmung durch ihre bisherigen Arbeiten die beste und solideste Ausführung gewährleistet.“

Das Landesbauamt anerkennt vormweg die Leistungsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit der steiermärkischen Baugesellschaft „Grundstein“, sieht sich jedoch vor endgültiger Durchführung des erhaltenen Auftrages und vornehmlich im Interesse der steiermärkischen Landesregierung pflichtgemäß gezwungen, auf die Art der bisher in der Regel und begründet geübten Anbotsverhandlungen besonders aufmerksam zu machen.“

Sie sehen also, daß Beamte gegen den vorgesetzten Landesrat auftreten, um das Interesse des Landes zu schützen. (Oberzaucher: „Habe ich mir die Taschen vielleicht dabei gefüllt?“) Und erst unter dem Drucke dieser Vorstellung hat dann Machold nachgeben müssen und die Sache wurde anders vergeben. (Machold: „Das stimmt nicht vollständig; Sie haben übersehen, zu bemerken, daß eine Vereinbarung zwischen Oberzaucher und Prisching vorlag über die Verbesseerung der Sache.“) Das läßt sich nun hier sehr leicht wegen der Abwesenheit des Prisching sagen, dann hätten Sie nicht nachgegeben, wenn eine solche Vereinbarung vorgelegen wäre. (Oberzaucher: „Man muß das Unternehmen berücksichtigen, das das billigere ist.“) Dann dürfen Sie nicht den Puritaner spielen, wenn Ihnen selbst so sehr daran gelegen ist, die Interessen des Landes zu schützen. Ich bemerke, daß der Hauptgeschäftsführer des Grundstein Herr Nationalrat Hartmann ist, und daß dessen Verdienst in Form einer Remuneration dann stattfindet, wenn die Remuneration von vorneherein abgezogen wird. (Wallisch: „Das sind doch keine Staatsgelder!“) Die Angelegenheit mit den Staatsgeldern habe ich bereits vollkom-

men aufgeklärt durch die Ausführungen Reisch. In der Frage der Staatsgelder ist die Sache vollkommen einwandfrei klargestellt durch das Gutachten Reisch, und das ist mir wichtiger als Ihr Geschrei hier.

Ein derart gemeinnütziges Unternehmen waren auch die Hammerbrotwerke in Wien. Dieses Unternehmen war ein Unternehmen, welches die sozialdemokratische Partei vor dem Kriege mit einer ungeheuren Begeisterung gegründet hat. Es wurde damals ausdrücklich erklärt, daß es ein Unternehmen der Partei ist, welches den Zweck hat, dafür zu sorgen, daß ein geringer Brotpreis ist. Mit diesem Unternehmen ist es aber nicht gut weitergegangen; schon vor dem Kriege kam es zum Zusammenbruche und dieser konnte nur dadurch gerettet werden, daß die Werke als Kriegslieferant aufgetreten sind. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Und nun haben sich die Hammerbrotwerke, statt billiges Brot zu machen, mit den anderen großen Brotfabriken kartelliert und haben auf diese Weise ein gutes Geschäft gemacht. Einer Ihrer Parteigenossen hat ausgerechnet, daß durch dieses Zusammenarbeiten der Hammerbrotwerke mit den anderen Brotfabriken die Bevölkerung in Wien wöchentlich drei Milliarden zuviel an Brot zahlen mußte. (Zwischenrufe: „Politik und Geschäft.“) Aber solange die Landesregierung in Wien die sozialdemokratische Partei ist, wurde diesem Treiben nicht entgegengetreten; dann ist plötzlich der Staatsanwalt gekommen und hat gesagt, der Brotpreis der Hammerwerke ist unerhört und es mußte der Brotpreis stark herabgesetzt werden, und auf das hin haben die Sozialdemokraten die Hammerbrotwerke an das Großkapital verkauft, damit das Großkapital möglichst ungestört der Wiener Bevölkerung den entsprechenden Brotpreis auferlegen kann und damit nicht die Gefahr des Eingreifens des Staatsanwaltes auf die Herren der Hammerbrotwerke fällt. Es ist dieselbe Geschichte wie mit der Wurstfabrik in Graz. Da hat schon der Herr Abgeordnete Ferner nachgewiesen, daß die Wurstfabrik in Graz nur preistreibend gewirkt hat. So sehen wir, daß die Sozialdemokraten, sowohl bei den Hammerbrotwerken in Wien als auch bei der Wurstfabrik in Graz, Geschäfte gemacht und die Preise nur verteuert haben. Es ist also ganz deplaciert, wenn die Partei nach einem Preistreibereigesetz verlangt. Hier ist der praktische Fall, wo man ohne Gesetz preismindernd hätte wirken können.

Der „Arbeiterwille“ hat mich gestern einen Korruptionisten genannt. Das Blatt, das so weit mit seinen Beschimpfungen geht, ohne Rücksicht zu nehmen auf ein Gefühl, das Gefühl der Ehre, das nur der schont, der selbst ein Gefühl der Ehre hat, hat diese Behauptung aufgestellt. Wie ist es nun beim „Arbeiterwille“? Die Arbeiter werden gezwungen, den „Arbeiterwille“ zu halten. Es wird ihnen vorgeredet, sie müßten das tun, im Interesse der Arbeiterbewegung. Da bin ich nun in das Grundbuch gegangen, ich bin ja Jurist und ich schaue mir, wenn ich eine Sache erheben will, zuerst

das Grundbuch an, und da finde ich folgende grundbücherliche Eintragung. Ich bemerke gleich, daß die Eintragung gelöscht wurde, als der „Republikaner“ die Sache auführte, und zwar um so leichter gelöscht werden konnte, weil das Geld inzwischen entwertet war: Auf Grund des Dienstvertrages vom 27. August 1909 und des Nachtrages vom Jahre 1919, stehen Vinzenz Muchitsch, Direktor des „Arbeiterwille“, Ruhebezüge zu, die mit 40 Prozent für eine Dienstzeit von 10 Jahren bemessen werden und für jedes weitere Dienstjahr mit 2 Prozent bis zum Höchstausmaß von 90 Prozent der gesamten Arbeitsbezüge. Das ist im Grundbuche intabuliert am 10. Jänner 1922 für Vinzenz Muchitsch und dessen Witwe, für Johann Refel und dessen Lebensgefährtin und Dr. Schacherl und dessen Witwe, da ist eine lebenslängliche Versorgung intabuliert. Ich nehme niemanden es übel. (Muchitsch: „Es ist unglaublich, zu welchen Mitteln Sie gegen mich greifen. Das nennen Sie eine lebenslängliche Versorgung?“) Es ist Ihnen halt unangenehm, ich kann Ihnen nicht angenehme Sachen sagen. (Wallisch: „Das ist eine ehrliche Sache!“) Warum haben Sie es dann löschen lassen? Früher hat Landesrat Machold, und er ist der Urheber, daß ich auf diese Sache komme, in seiner Rede die lebenslängliche Präsidentschaft der Steirerbank mir vorgeworfen. Ich habe als Präsident nichts bezogen. Mir werfen Sie das an den Kopf und Sie schreien vor Wut auf, wenn ich sage, daß Sie sich eine lebenslängliche Versorgung verschafft haben. (Muchitsch: „Ich bin 30 Jahre Vorstand dieses Unternehmens, das ist ein unwürdiges Benehmen!“). Das war aber nicht unwürdig, daß jemand, der wußte, daß ich nichts von der Steirerbank beziehe, hier mir an den Kopf wirft die lebenslängliche Präsidentschaft der Steirerbank. (Wallisch: Sie haben Staatsgelder entwendet!“). Und jetzt sage ich: Unterschrieben ist dieser Vertrag auch wieder von Refel und Muchitsch zu gunsten Refel und Muchitsch. (Muchitsch: „Sie wissen ganz gut als Jurist, daß eine andere Möglichkeit nicht gegeben ist!“) Und nun wird behauptet, daß der „Arbeiterwille“ nur dazu da ist, den Interessen der Arbeiter zu dienen. (Muchitsch: „Das ist auf Grund eines Parteibeschlusses geschehen!“). Ich habe nicht geprüft, auf Grund wessen das geschehen ist, aber ich stelle fest, daß man mir an den Kopf wirft, daß ich lebenslänglicher Präsident der Steirerbank bin, wo ich doch die Präsidentschaft unentgeltlich geführt habe, und Sie schreien, wenn ich sage, daß Sie sich aus Arbeitergeldern eine lebenslängliche Versorgung schaffen. Noch etwas, niemand ist gezwungen worden, zur Steirerbank zu gehen, die Arbeiter werden aber gezwungen, den „Arbeiterwille“ zu nehmen, damit die Führer leben können. (Leichner: „Schämen Sie sich, als Professor so etwas zu sagen!“). Meine sehr geehrten Anwesenden, Sie können mich nicht beleidigen, merken Sie sich das.

Verehrtes Haus! Ich habe mich nicht um die Stelle des Landeshauptmannes beworben, wie Lan-

desrat Machold es darzustellen beliebt, sondern meine Partei hat es von mir verlangt, daß ich auftrete. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen, großer Lärm bei den Sozialdemokraten). In meiner Partei ist es nicht üblich, daß man sich an die Krippe drängt. (Leichin: „Das ist charakterlos, Sie sind schamlos!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, sich auf die Plätze zu begeben. (Zwischenrufe: „Bitte Ruhe zu schaffen!“) Die Ruhe werde schon ich aufrechterhalten. Wenn auf der Galerie nicht sofort vollständige Ruhe eintritt, werde ich sie räumen lassen.

Dr. Rintelen (fortfahrend): Und wenn ich Ihnen heute einiges Unangenehmes sagen mußte, so können Sie sich dafür beim Herrn Landesrat Machold bedanken, der hier mit Unwahrheiten gegen mich gearbeitet hat. Sie wissen, daß im Untersuchungsausschusse auch die Herren Ihrer Partei festgestellt haben, daß mich nicht der geringste Vorwurf trifft, daß ich vollkommen unberührt aus diesem Untersuchungsausschuß hervorgehe. Es war daher illoyal, mit solchen Mitteln hier gegen mich aufzutreten. (Geföller: „Wir haben keine Ursache, einen solchen Menschen anzuhören!“ — Wallisch: „Die Stenographen müssen weg von da!“ — Spak: „Nein, sie bleiben hier!“) Sie werden es nur begreif-

lich finden, wenn ich, dem hier eine Unsumme von Schmutz und Verleumdung zugeworfen wird (Zwischenruf Regner), nicht nur das Bedürfnis habe, diese Beschimpfungen zu widerlegen, sondern auch das Bedürfnis habe, zu prüfen, inwieweit den Leuten, die hier gegen mich auftreten, denn das Recht zukommt, inwieweit die die Legitimation haben, sich hier als Puritaner aufzuspielen. (Großer Lärm, Zwischenrufe. — Händeklatschen bei den Christlichsozialen. — Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, sich auf die Plätze zu begeben.

Dr. Rintelen (fortfahrend): Sie werden es also begreiflich finden, daß ich mich nicht darauf beschränkt habe, Ihre Unwahrheiten zu widerlegen, sondern auch das Bedürfnis habe, zu prüfen, inwieweit den Leuten, die hier gegen mich auftreten, denn das Recht zukommt, sich hier als die guten Puritaner aufzuspielen. (Großer Lärm, Zwischenrufe.)

Präsident: Die Sitzung ist geschlossen.

Die nächste Sitzung findet statt Mittwoch um 10 Uhr vormittags mit der gleichen Tagesordnung.

(Schluß der Sitzung um 9 Uhr 10 Minuten abends.)